

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 13/11/14.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle über deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berührungskreise 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pfg. (zweifach 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengeduld und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 9 0-151 97.

Freitag, den 12. März 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Deutsche Erfolge an der polnischen Kampffront.

Westlicher Kriegsschauplatz. Der französische Tagesbericht.

Paris, 11. März. (B. L. V.) Der amtliche Bericht von gestern nachmittag 3 Uhr lautet: Nördlich von Arras im Gebiet von Notre Dame de Lorette war der Tag ruhig. Die Lage ist unverändert. Die Bedeutung unserer gestern in der Champagne erzielten Erfolge bestätigt sich. Ein deutscher, sehr heftiger Gegenangriff erfolgte nachts auf die Höhe 196, wurde aber energisch abgewiesen. Wir gewannen außerdem etwas Gelände längs der Straße Vertus-Lahure. Auf der Spitze nordöstlich Le Mesnil erreichte unsere Infanterie, nachdem sie ein deutsches Schanzwerk erobert hatte (bereits gestern abend gemeldet) jenseits dieses Schanzwerkes den durch den Weg von Vertus nach Maison-de-Champagne bezeichneten Grat. In den Argonnen zerstörten wir in Fontaine Madame ein Blockhaus und schoben unsere Schützengräben vor. Im Dolantewald machte der Feind um 4 Uhr nachmittags einen Gegenangriff und eroberte die Schützengräben, welche wir vormittags genommen hatten. Ein neuer Angriff erlaubte uns, sie wieder einzunehmen. Der Feind unternahm zum zweiten Male einen Gegenangriff. Den letzten Nachrichten zufolge dauert der Kampf fort.

Paris, 11. März. (B. L. V.) Der amtliche Bericht von 11 Uhr abends meldet: In Belgien fand eine sehr heftige Beschließung der Stadt Neuport mit 12-Zentimeter-Geschützen statt. Zwischen Lys und dem La Bassée-Kanal trug die englische Armee, von unserer schweren Artillerie unterstützt, einen bedeutenden Erfolg davon und nahm das Dorf Reube Chapelle östlich der Straße Estaires La Bassée ein und rückte nordöstlich des Dorfes in Richtung Aubers und südöstlich in Richtung des Riesengehölzes vor, machte etwa 1000 Gefangene, darunter mehrere Offiziere, und erbeutete außerdem Maschinengewehre. Die Verluste der Deutschen sind sehr hoch. In der Champagne machte der Feind mehrfach einen heftigen Gegenangriff während der Nacht vom 9. zum 10. und am Mittwoch, den 10. März. Er gewann keinen Zoll Gelände. Wir verstärkten und verbreiteten unsere Stellungen auf den Höhen, deren wir uns bemächtigt hatten und brachten den Angreifern sehr schwere Verluste bei. Auf den Raas Höhen zerstörte unsere Artillerie eine gewisse Anzahl feindlicher Schützengräben vollständig. Auf der übrigen Front ist nichts zu melden.

Eine französische Entstellung.

Berlin, 11. März. (B. L. V.) Aus dem Großen Hauptquartier erfahren wir: Das Pariser „Petit Journal“ brachte am 16. Februar die Geschichte von dem Tode des Obersten Dapet, Kommandeurs des 133. Infanterieregiments. Danach hätte das französische Regiment den Befehl erhalten, eine unserer Stellungen zu stürmen. Der Oberst hätte die Kolonnen persönlich zum Sturm vorgeführt und wäre, nachdem er zwei unserer Gräben genommen, fünf Meter vor unserer letzten Stellung gefallen. Ein furchtbarer Gegenstoß habe das 133. Infanterieregiment gezwungen, in den zweiten von ihm eroberten Schützengräben zurückzugehen. Einige Stunden nach dem Gefecht — so erzählt das „Petit Journal“ weiter — hätten die Deutschen einen Parlamentär geschickt, der angeboten habe, die Leiche des Obersten Dapet zurückzugeben, wenn die Franzosen die beiden eroberten Schützengräben räumten.

Es wird uns also in diesem Artikel ganz unverblümt der Vorwurf gemacht, daß wir mit der Leiche eines französischen Offiziers einen unwürdigen Handel getrieben hätten.

In Wahrheit ist die Sache ganz anders verlaufen: Es handelte sich um einen Angriff der Franzosen gegen unsere Stellung bei Van de Sapt, der völlig abgeschlagen worden war. Der Gegner hatte demnach keinen unserer Schützengräben erobert.

Die Franzosen hatten sehr starke Verluste gehabt. Tote und Verwundete lagen unmittelbar vor unserer Stellung, und infolge der Hülferufe der französischen Verwundeten wurden Verhandlungen zwischen den beiden einander gegenüberliegenden Linien angeknüpft.

Ein Franzose, anscheinend Offizier, machte zuerst den Vorschlag der Waffenruhe, damit die Franzosen ihre Toten und Verwundeten bergen könnten. Das wurde unsererseits abgelehnt. Darauf erbot sich die Franzosen, uns behilflich zu sein, ihre Verwundeten nach unseren Schützengräben zu tragen, wenn wir gestatteten, daß sie ihren Toten die Erkennungsmarken abnehmen dürften. Auch das mußte von uns abgelehnt werden, damit die Franzosen nicht Einblick in unsere Stellungen erhielten.

Hebrigens konnten wir während der Verhandlungen die feindlichen Verwundeten bergen. Während dessen trat von einer höheren Dienststelle, an die Meldung über die gepflogenen Verhandlungen

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amlich. Großes Hauptquartier, den 11. März 1915. (B. L. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein englischer Flieger warf über Menin Bomben ab. Erfolg hatte er nur mit einer Bombe, mit der er sieben Belgier tötete und zehn verwundete.

Die Engländer griffen gestern unsere Stellungen bei Neufchatel an; sie drangen an einzelnen Stellen in das Dorf ein, der Kampf ist noch im Gange. Ein englischer Vorstoß bei Givenchy wurde abgeschlagen.

In der Champagne richteten die Franzosen zwei Angriffe gegen den Waldzipfel östlich von Souain, aus dem sie vorgestern geworfen waren. Beide Angriffe wurden blutig abgewiesen.

Die Kämpfe um den Reichsackerkopf in den Vogesen wurden gestern wieder aufgenommen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Westlich von Sereje nahmen wir den Russen 600 Mann, drei Geschütze und zwei Maschinengewehre ab.

Ein erneuter Durchbruchversuch der Russen südlich von Augustow endete mit der Vernichtung der dort eingesehten russischen Truppen.

Im Kampfe nordwestlich von Ostrolenka blieben unsere Truppen siegreich, die Russen ließen sechs Offiziere, 900 Mann und acht Maschinengewehre in unseren Händen.

Unsere Angriffe nördlich und nordwestlich von Prasznyz machten weitere Fortschritte.

Im Kampfe nordwestlich von Nowe Miasto machten wir wieder 1660 Gefangene.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 11. März 1915. (B. L. V.) Amlich wird verlautbart: 11. März 1915, mittags:

Die in den letzten Kämpfen in Russisch-Polen und an der Front in Westgalizien bei und südlich Gorlice eroberten Terrainabschnitte und Höhenlinien sind fest in unserem Besitz. Versuche des Feindes, einzelne Stützpunkte wieder zurückzugewinnen, scheiterten durchweg.

Neuer starker Schneefall in den Karpathen hat die Gefechtsfähigkeit sehr behindert. Trotz dieser ungünstigen Witterungsverhältnisse hielten an manchen Stellen der Gefechtsfront die Kämpfe an. So wurde bei Beschnahme einer Höhe der Gegner, mehrere Kompagnien stark, zurückgeworfen, zwei Offiziere und dreihundertfünfzig Mann gefangen. Einzelne Nachtangriffe des Feindes wurden unter Verlusten des Angreifers zurückgeschlagen.

Den vor den eigenen Stellungen nördlich Radworona zurückgeworfenen feindlichen Kräften wurden in der Verfolgung noch weitere zweihundertachtzig Mann an Gefangenen abgenommen.

Im übrigen an dieser Front sowie in der Bukowina Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschallleutnant.

geschickt worden war, der Befehl ein, alle Verhandlungen abzubreaken, falls die Franzosen nicht bedingungslos kapitulierten. Da der Feind darauf nicht einging, wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Die Toten wurden erst bestattet, nachdem wir die feindliche Vorstellung genommen hatten. Die Leiche des Obersten Dapet war nicht unter ihnen. Wir haben von dem, wahrscheinlich am 27. Januar, erfolgten Tode des feindlichen Regimentskommandeurs erst am 9. Februar durch Gefangene Kenntnis erhalten.

Der Kampf um die Dardanellen.

Von Richard Gädle.

Die nervösen Betrachtungen, die die Presse des Inlands und des Auslands an die Beschließung der Dardanellen geknüpft hat, die Hoffnungen nach der einen, die Befürchtungen nach der anderen Seite, scheinen mir vom militärischen Standpunkte aus nicht gerechtfertigt zu sein. Die Erzwingung der Durchfahrt durch die 70 Kilometer lange und 1,8 bis 6 Kilometer breite Meerenge gehört an sich schon zu den denkbar schwersten Aufgaben, die einer Flotte ohne starkes Landungsheer gestellt werden können, und dabei waren die anfänglich zum „Angriff“ angefahrenen Schiffe selbst nur zu einer erfolgreichen Beschließung unzureichend. Wir wissen, daß die Befestigungsanlagen der Türken vermehrt und modernisiert waren, daß zahlreiche neue Geschütze zur Verhinderung der Durchfahrt bereitstanden, daß die Meerenge selbst seit 7 Monaten durch ein breites Minenfeld gesperrt wurde, welches schon 1912 und 1913 seine Wirksamkeit bewiesen hatte. Es kam hinzu, daß alle kriegerischen Ereignisse den Beweis für die Unterlegenheit der Schiffe gegenüber den Küstengeschützen erbracht hatten. Die Ursache liegt sehr nahe; das Schiffsgeschütz wirkt von einem schwimmenden, beweglichen Körper aus; das Küstengeschütz steht fest. Dieses kann sehr viel leichter dem Auge und der Wirkung des Segners entzogen werden als jenes. Bei geschickter Anlage der Verteidigungsanlagen wird auch die auffällende Tätigkeit feindlicher Flieger daran nichts wesentliches ändern. Die Ungunst der Verhältnisse wird um so größer, je mehr die Schiffe in ein enges Nahstauwasser hineinkommen, in dem sie ihre Manövrierfähigkeit verlieren und dem Feuer der Küstengeschütze auf eine Entfernung ausgeht sind, wo sie ihr Panzer nicht mehr schützt. Die bisherigen Seesgefechte des Krieges sind auf Entfernungen über 8 Kilometer durchgefochten worden und hier würde es sich um weit geringere Abstände handeln. Die Verluste der Schiffe, die Küstenbatterien auf Entfernungen von 14 bis 20 Kilometer niederzukämpfen, sind gänzlich mißlungen. Sie haben nur gegen die massigen, hochragenden Steinbauten der ältesten Befestigungen am äußeren Dardanelleneingange einige Wirkung erzielt, aber nicht einmal diese unhaltbar machen können; ihre schwächlichen Versuche, mit ihren Landungsabteilungen festen Fuß zu fassen, sind in einer beinahe lächerlichen Weise mißglückt.

Nun sind ja in den letzten 8 Tagen die Seestreitkräfte der Verbündeten verstärkt worden, aber auch dann sind ihre Schießeieren nicht wirksamer geworden und über die Grenzen einer Flotten-demonstration nicht hinausgegangen. Man hat gemeint, daß sie doch so viele wertvolle Schiffe auf die Gefahr hin, ihr Uebergewicht im Mittelmeer zu verlieren, nicht einsetzen würden, wenn sie nicht ernsthafteste Ziele verfolgten. Aber ganz das Gegenteil ist der Fall gewesen! Sie haben ihre Schiffe sorgfältig auf Entfernungen gehalten, wo sie hoffen konnten, mit ihren schwereren Geschützen noch einige Wirkung zu erzielen, während das Feuer der kleineren türkischen Kaliber sie nicht ernsthaft schädigen würde. Und sobald diese sich dennoch eingeschossen hatten und Treffer erzielten, haben sie bisher das Geschick jedesmal abgedreht. Sie waren also weit mehr auf Erhaltung ihrer Schiffe als auf eigene Wirkung bedacht.

Das alles verstärkt den Eindruck einer militärischen Demonstration, an die ich solange glauben werde, als nicht ein sehr starkes Landungsheer sich vor den Dardanellen angesammelt hat und — sei es auf der Halbinsel von Gallipoli selbst oder nordwestlich Vulair, in Thrakien oder an dem asiatischen Ufer — seine Ausbootung bewerkstelligt hat. Die gegenseitige Auffassung weist darauf hin, daß die Öffnung des Bosporus und die Befestigung von Konstantinopel ein dringendes Interesse Russlands sei. Dieses müsse aus wirtschaftlichen Gründen Weizen ausführen, aus militärischen Gründen Munition, Geschütze, Rohmaterial einführen. Nun zweifelte ich ja, daß die verbündeten Engländer und Franzosen es besonders eilig haben, diesen Herzenswunsch der Russen zu erfüllen. Sie werden es vielmehr mit einem sehr süß-lauten Lächeln begrüßen, wenn das Banner mit dem Andreas-Kreuz wirklich über der Hedwigskirche wehen sollte. Ob die Russen der Zufuhr von Kriegsmaterial bereits so dringend bedürfen, daß sie ohne das den Krieg nicht mehr fortzuführen könnten, ist gleichfalls noch nicht erwiesen. Daß ihnen ebenso wie den Verbündeten die Zufuhr von Weizen sehr wünschenswert wäre, ist klar; aber aus diesem Grunde allein wird man sich in ein so schweres und wenig aussichtsreiches Unternehmen nicht einlassen. Denn man übersieht immer das eine: die Erzwingung der Dardanellendurchfahrt eröffnet den Bosporus noch lange nicht, dazu gehört noch, daß der bei weitem schwerere Teil der Gesamtaufgabe gelöst wird, die Beschließung und Eroberung von Konstantinopel. Daß dies kein Kinderpiel ist, hat der Verlauf des Balkankrieges mit größter Zuverlässigkeit bewiesen.

Freilich hat der Dreiverband wiederholt Meldungen in die Presse der ganzen Welt gesandt, daß er bereits eifrig am Werke sei, ein Landungskorps bereitzustellen und auf Transportern gegen die Dardanellen zu entsenden. Man sprach von 40 000, von 60 000 Mann und verließ sich dann sogar zu der Zahl von 200 000 Streikern, denen weitere 200 000 später nachfolgen sollten. Jetzt

ist man wieder auf die beabsichtigte Zahl von 25 000 Mann hinabgeglitten.

Ein sehr verdächtiges Manöver! Man pflegt doch eine ernsthafte Unternehmung, bei der Hebercofchung und Schnelligkeit eine Vorbedingung des Erfolges bilden, nicht mit lautem Taktum der ganzen Welt zu verkünden, noch ehe auch nur ein einziger Mann eingeschifft ist. Ich erinnere mich hier des gewaltigen Lärmes, den die japanische gefüllte Presse Europas im Jahre 1905 über eine gewaltige Umgebungsbeziehung der Japaner machte, die sie von Sachalin über Nikolajewsk und Chaborowok (man beachte die riesenhafte Entfernungen und die mangelhaften Hilfsmittel der Gegend) in den Rücken des russischen Heeres antreten würden, eine Bewegung von so gewaltigen Ausmaßen, wie sie die Weltgeschichte noch nicht gesehen. Das geschah zu einer Zeit, als nach der Schlacht bei Mukden die Offenstrikraft des japanischen Heeres bereits völlig gelähmt war, und es galt, sich für den Frieden von Portsmouth in eine möglichst drohende Position zu setzen.

Vom militärischen Standpunkte aus wäre es ein Zeichen höchster Unfähigkeit, den Türken drei Wochen Zeit und mehr zu geben, um sich auf eine Landung gründlich vorzubereiten und alles noch Versäumte nachholen zu können. Wie stark ihre Landmacht um Konstantinopel und um Gallipoli zurück ist, wissen wir nicht genau; man spricht von 150 000, 200 000, 250 000 Mann. Daß sie aber tatsächlich Streikräfte dort zurückbehalten haben, ist über allen Zweifel erhaben; die jetzt an der Regierung befindlichen Machthaber würden ja geradezu Selbstmord begehen, wenn sie anders gehandelt hätten. Bekannt ist ferner, daß in den letzten Wochen die Verteidigung Konstantinopels auch nach der Seeseite hin vervollständigt worden ist; man hat die dem südlichen Eingang des Bosphorus vorgelagerten Pringen-Inseln von ihren Bewohnern geräumt, d. h. aus ihnen Festungen gemacht. Ich möchte beinahe annehmen, auch die dem Nordausgange der Dardanellen gegenüber im westlichen Marmora-Meer sich erhebenden Inseln werden in die Befestigungswerke einbezogen sein. Selbst wenn also die verbündete Flotte siegreich durch die Meerenge vordränge, würde eine bloße Beschießung von Konstantinopel zu einem Erfolge nicht führen. Wer die türkische Hauptstadt haben will, muß sie belagern, und zwar von beiden Seiten aus, sowohl auf dem europäischen wie auf dem asiatischen Ufer. Dazu gehört nicht ein Landungskorps, sondern eine ganze große Armee, die mit 200 000 Mann wahrscheinlich erheblich zu gering bemessen sein würde.

Denkbar wäre es ja, daß die Beschießung der Dardanellen den Zweck verfolgte, möglichst zahlreiche Armeekorps der Türken an diese Stelle zu bannen, um deren Bewegungen im Kaukasus, wie besonders gegen den Suezkanal zu lähmen, vielleicht dauernd unmöglich zu machen. Die Demonstration käme zu diesem Zweck reichlich spät, denn die durch die Sinaihalbinsel vordrückende Armee wird wohl sehr verächtlich auf Nachschub von Konstantinopel her gerechnet haben — sie wird überhaupt der großen Verpflegungsschwierigkeiten wegen eine bestimmte Stärke nicht überschreiten dürfen, und mit dieser durchdringen oder die Unternehmung aufgeben müssen.

Wenn ich somit dabei bleibe, daß die Beschießung der Dardanellen und selbst die Ankunft eines Landungskorps von 25 000 oder 50 000 Mann über den Wert einer Demonstration noch nicht hinausgehen, so ist damit freilich nicht gesagt, daß die Verbündeten durch sie doch sehr ernsthafte Zwecke erreichen wollen. Aber sie liegen nicht auf militärischem, sondern auf politischem Gebiet. Ist dies der Fall, dann ist auch der Lärm, mit dem man sie begleitet hat, kein Fehler, sondern Absicht. Ja die Hauptsache der ganzen Unternehmung. In diesem Flecken Erde, an dieser denkwürdigen Gründung des genialen Landknechts Konstantin hängen so große, so schwerwiegende Interessen, daß sie eine ganze Welt in Bewegung setzen können. Schon die bloße Nachricht von den angeblichen Absichten der Verbündeten, schon die wirkungslose Beschießung haben beträchtliche politische Wirkungen ausgelöst. Die bisher neutralen Staaten zu einer raschen Entscheidung zu drängen, war wohl die wahre Aufgabe der verbündeten Flotten. Galt dieses Ziel in dem von Frankreich und England gewünschten Sinne aus, dann können daraus natürlich auch wieder militärische Rückwirkungen von größter Tragweite entstehen, dann erst würde man mit einem ernsthaften Versuche gegen die Dardanellen und den Bosphorus rechnen müssen.

Ein weiterer Dreadnought vor den Dardanellen.

Basel, 10. März. (B. Z. V.) Nach einer Athener Meldung der „Baseler Nachrichten“ ist in den Dardanellen ein weiterer Heberdreadnought der Klasse „Queen Elizabeth“ eingetroffen.

Die Balkanstaaten und die Dardanellenfrage.

Amsterdam, 11. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der römische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet von gutunterrichteter Seite, daß die von den Verbündeten gegebenen Versicherungen über dauernde Feststellung und Garantie der Durchfahrtsfreiheit der rumänischen und bulgarischen Regierung keine befriedigende Lösung der Frage darzustellen scheinen.

Französische Mißstimmung über die Haltung der Balkanstaaten.

Frankfurt a. M., 11. März. (B. Z. V.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet von der Schweizer Grenze: Der „Matin“ gibt heute zu, daß die Bemühungen der Entente-mächte und ihrer Presse, die Balkanländer zu einem Kriege gegen die Türkei zu hegen, gescheitert sind, weil die Regierungen der Balkanstaaten kein Vertrauen in den Sieg Russlands haben. Das Blatt ist der Meinung, daß die diplomatischen Vitzgänge nach Bukarest, Sofia und Athen nichts mehr nützen, und daß die Sprache der Nationen allein zum Ziele führen könne. Der Durchbruch der Dardanellen und die Wiederaufnahme der russischen Offensive in der Bulwinia sind, so schließt das Blatt, unsere besten, fast unsere einzigen Trümpe in den Balkanländern. Dort, wie überall, gilt das Wort, daß nichts glückt wie der Erfolg.

Griechenland für bedingte Neutralität.

Athen, 10. März. (B. Z. V.) Meldung der Agence d'Athènes. Das neue Ministerium legte heute die Eidesleistung ab. Die der Presse mitgeteilte ministerielle Kundgebung hat folgenden Wortlaut: Griechenland hatte nach seinem siegreichen Kriege das dringende Bedürfnis nach einer langen Friedensperiode, um am Gedeihen des Landes arbeiten zu können. Die Organisation der öffentlichen Verwaltung, der Streitkräfte zu Lande und zu Wasser sowie die Entwicklung des Nationalreichtums hätten ihm die mit so vielen Opfern errungenen Güter gegen jeden

Angriff gesichert und hätten ihm auch gestattet, ein dem Staatswohl dienendes Programm durchzuführen und eine den nationalen Heberlieferungen entsprechende Politik zu treiben. Unter diesen Umständen war vom Beginn der europäischen Krise an für Griechenland die Neutralität geboten. Griechenland hatte jedoch und hat immer die unbedingte Aufgabe, seinen Bündnispflichten nachzukommen und der Erfüllung seiner Interessen nachzugehen, ohne freilich die Unverletzlichkeit seines Gebietes gefährden zu wollen. Im Bewußtsein der Pflicht, auf diese Weise den Interessen des Landes zu dienen, spricht die Regierung die Heberzeugung aus, daß die Vaterlandsliebe des Volkes ihre volle Wahrung sichern wird.

Der Seekrieg.

Nicht „U 20“, sondern „U 12“ gesunken.

Kontlich, Berlin, 11. März 1915. (B. Z. V.) Die britische Admiralität gibt bekannt, daß das vom Torpedobootszerstörer „Ariel“ vernichtete deutsche Unterseeboot nicht „U 20“, sondern „U 12“ ist. Von der 28 Mann starken Besatzung des Bootes sollen zehn Mann gerettet sein.

Der Stellvertretende Chef des Admiralsstabes (gez.) Behneke.

Die Repressalien gegen die Mannschaften deutscher U-Boote.

Stockholm, 11. März. (B. Z. V.) Das liberale Stockholmer Blatt „Dagens Nyheter“ tadelt nachdrücklich die Erklärung der britischen Admiralität wegen der besonderen Vergeltungsmahregeln an den gefangenen Mannschaften deutscher Unterseeboote. Das Blatt bezeichnet es als eine grausame Neuerung in der Geschichte der Kriegsführung, für die Kriegsgebietsklärung der deutschen Regierung an den Mannschaften Rache zu nehmen, da man außerstande sei, die verantwortlichen Stellen zu erreichen. Diese Maßnahmen würden außerdem wirkungslos bleiben, die Besatzungen der Unterseeboote wählten, daß sie mehr als andere in Gefahr sind. Die Männer der deutschen Marine würden vor dem Gedanken, daß kein Pardon gegeben werde, wenn sie in Feindeshände fallen, nicht zurückschrecken. Die Alliierten mögen jedoch nicht vergessen, daß achtmalunderttausend ihrer Soldaten, angefangen vom gemeinen Mann bis hinauf zu den Generälen, in deutscher Gefangenschaft seien, während sie selbst nur wenig mehr als hunderttausend deutsche Gefangene hätten. Wenn Vergeltungsmahregeln gegen Kriegsgefangene in Betracht gezogen würden, dann könnte Deutschland den härtesten Schlag verfehlen.

Ein Boulogner Fischdampfer torpediert.

Rotterdam, 11. März. (B. Z. V.) Der „Rotterdamsche Courant“ meldet aus London: Die Besatzung des Boulogner Fischdampfers „Gris Nez“ wurde heute in Newhaven gelandet. Das Schiff erhielt, als es sich gestern früh ungefähr 20 Meilen westlich von Beachy Head befand, von einem deutschen Unterseeboot das Signal, daß die Insassen das Schiff verlassen sollten. Nachdem sich alle in ein Boot gerettet hatten, wurde der Dampfer in den Grund gehöhrt. Das Boot wurde durch ein anderes Schiff aufgefischt.

Die englischen Blockadebestimmungen über die Baumwolle.

London, 11. März. (B. Z. V.) „Daily Telegraph“ meldet aus Washington vom 8. d. M.: Sir Cecil Springrice teilt mit, daß die britische Regierung folgende Verfügungen über nach neutralen Häfen bestimmte Baumwolle getroffen habe: Erstens: Baumwolle, die vor dem 2. März verkauft und zur Verschiffung bestimmt wurde, wird durchgelassen, oder, wenn sie angehalten wird, zum Verkaufspreis erworben werden, wenn die Schiffe nicht nach dem 31. März abgegangen sind. Zweitens: Dasselbe gilt für Baumwolle, die vor dem 2. März verschifft wurde, wenn sie nicht nach dem 16. März verladen wurde. Drittens: Alle Baumwollfrachten, die auf obige Behandlung Anspruch erheben, müssen vor der Abreise angezeigt und mit Zertifikaten von Konsularbeamten und anderen von der Regierung hierfür aufgestellten Behörden versehen werden. Schiffsabladungen nach feindlichen Häfen werden nicht durchgelassen.

London, 11. März. (B. Z. V.) Nach einer Washingtoner Meldung des „Daily Telegraph“ hat Präsident Wilson gesagt, er erwarte einen Bericht über die Anordnungen, welche die britische Regierung bezüglich der Blockade Deutschlands und Oesterreichs treffen werde. Gegen das Embargo auf Baumwollfrachten wird vorläufig kein Protest erhoben werden, vielleicht aber später nach Veröffentlichung der britischen Blockadebestimmungen.

Das Echo der Sozialdemokratischen Erklärung.

Die Rede, mit der am Mittwoch der Genosse Haase im Auftrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Stellung der Partei zur Frage des Krieges, der Kriegsgelote und der Kriegsziele in scharfer Ausprägung gekennzeichnet hatte, ist von breiten Schichten des arbeitenden Volkes zweifellos mit größter Genugtuung aufgenommen worden. Aber wir haben allen Grund anzunehmen, daß sie auch weit über die Arbeiterparteien hinaus von den Anhängern anderer Parteien als das rechte Wort zur rechten Zeit empfunden worden ist. Daß auch die linksliberale Presse sich nur mit Zurückhaltung geäußert, ja, wie das „Berliner Tageblatt“, Haases Bemerkungen über den Frieden sogar mit sanfter Mißbilligung kritisiert hat, will nichts heißen. Wir wissen, daß freisinnige Männer ganz anders denken und daß sie dem sozialdemokratischen Redner Dank wissen für seine Worte, die ebenso entschieden in der Sache waren, wie sie sich durch ihren völlig klaren Sinn jeder böswilligen Ausdeutung durch ausländische Chauvinisten entzogen. Gegen läugerische Entstellungen ist niemand geschützt, aber auch chauvinistische Lügen haben kurze Beine, und das ehrliche Bekenntnis zu dem Kulturprogramm, das Haase im Namen der ganzen deutschen

Partei abgab, nicht dem deutschen Ansehen im feindlichen und neutralen Ausland mehr, als ihm alle Verdrehungen von einer angeblich befundeten Schwäche zu schaden vermöchten. Dinehin weiß es ja jedermann, daß bei allen unseren Segnern das Friedensproblem mit inuigter Anteilnahme erörtert wird.

Nicht minder frommt dem deutschen Ansehen die energische Forderung Haases: „Einem freien Volke gebührt die freie Rede!“ Wenn in allen anderen kriegsführenden Ländern die Presse und das Parlament widerhalten von Beschwerden über die Zensur — wäre es da etwa eine auszeichnende, die Veranschaulichung der deutschen Nation fördernde Eigenart, wenn das deutsche Volk die Beschränkungen der Presse und der sonstigen Redefreiheit allein ohne Murren ertrüge? Das wäre ja gerade ein Zustand des „Kirchhoffriedens“, der der Nation weder zur Ehre gereichte noch zum Heile auszusprechen vermöchte. Und daß es nicht minder das Recht und die Pflicht der deutschen Arbeiterklasse ist, in so oberschwerver Zeit auch die Gleichberechtigung für alle Staatsbürger zu fordern, wird kein weitersehender Politiker, auch kein Staatsmann, ernstlich zu bezweifeln wagen.

Um so sonderbarer berührt deshalb das Urteil, das rechtsstehende Blätter der Rede Haases angeheften lassen. So stellen sich die „Berliner Neuesten Nachrichten“, als hätten sie im Ernste „ein durch einen innerlichen Umlernungsprozess verursachtes, erhöhtes und ehrliches Annäherungsbedürfnis an die übrigen Parteien“ erwartet, während das Blatt sich doch selbst sagen muß, daß solche Zumutungen der Selbstpreisgabe einer Partei allem eher dienen müssen, als der Förderung des inneren Friedens. Auch wäre es verständiger, wenn das Blatt der Sozialdemokratie nicht immer wieder mit späterer Bekämpfung im alten Stile drohte, sofern sie nicht aufhörte, eben eine sozialdemokratische Partei zu sein. Die freundliche Kritik der „Deutschen Tageszeitung“ vollends verdient wörtliche Wiedergabe:

Nachdem Herr Dr. Helfferich unter sehr starkem Beifall fast des gesamten Hauses geendet hatte, erhielt der sozialdemokratische Abg. Haase das Wort. Er verlangte gleiche Staatsbürgerrechte für alle Staatsbürger, Befestigung der angeblichen Ausnahmebestimmungen im Koalitionsrechte, aller Massentwahlrecht, aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes, Abschaffung der politischen Zensur; er forderte, daß der Burgfriede nicht zum Kirchhoffrieden werde, daß das deutsche Volk mitreden dürfe bei den Vorbereitungen des Friedens. Haase sprach so scharf und so gehässig, daß der Unwille im Hause kaum zu meistern war. Je länger er sprach, um so häßlicher und aggressiver wurden Ton und Inhalt seiner Ausführungen. Von der gebotenen Rücksicht auf den Ernst der Zeit und auf die Notwendigkeit der ewigen Geschlossenheit des Volkes war keine Spur zu entdecken. Es war eine Hebrade, des Tages unwürdig.

Millionen und aber Millionen im deutschen Volke werden demgegenüber von Haases Rede den Eindruck empfangen haben: Es war eine berechtigte Bekundung des Volkswillens, würdig des verantwortungsschweren Augenblicks. Möchte sie überall so eingeschätzt und beherzigt werden!

Die B. S. P. und der Krieg.

Inser Londoner Korrespondent schreibt uns: Nicht ganz klar war bisher die Haltung der British Socialist Party zum Kriege. Diese ist bekanntlich die kleinere und am wenigsten einflussreiche Sektion des englischen Sozialismus. Ihr namhaftester Führer ist Genosse G. M. Hyndman, der seit Jahren für starke englische Flottenrüstungen eingetreten ist und nie müde wurde, vor den aggressiven Absichten und Vorbereitungen der deutschen Militaristen und Imperialisten zu warnen. Durch diese Haltung setzte sich Hyndman nicht nur in der Internationale, sondern auch innerhalb seiner eigenen Organisation sehr scharfen Angriffen aus. Fast hätte diese Haltung zu einer Spaltung in seiner Partei geführt, schließlich aber wurde der Friede dadurch hergestellt, daß die Partei Hyndmans Propaganda desabonnierte und Hyndman sich zu einer diskreteren Haltung verstand. Als der Krieg ausbrach, waren manche Mitglieder der B. S. P. zu der Auffassung geneigt, daß die Ereignisse Hyndman recht gegeben hätten. Die B. S. P. nahm denn auch eine viel weniger bestimmte Haltung zum Kriege ein als die größere sozialistische Partei Englands, die Independent Labour Party, sondern näherte sich mehr der Haltung der Arbeiterpartei. Am 15. September veröffentlichte der Vorstand der B. S. P. ein Manifest, worin u. a. die Mitglieder der Partei zur Förderung der Rekrutenanwerbung aufgefordert wurden. Gegen diese Politik wurde jedoch aus der Mitte der Partei sofort Widerspruch erhoben, der nicht wieder verstummte. Es war bald klar, daß ein großer Teil der B. S. P. in der Kriegsfrage nicht wie ihr Vorstand, sondern wie die I. L. P. (Unabhängige Arbeiterpartei) dachte. Vor kurzen wurden Provinzialkonferenzen der Partei abgehalten, in denen diese Differenzen zum Austrag kommen sollten. Die Abstimmungen der verschiedenen Provinzialkonferenzen sind von einer besonderen Kommission überprüft und zusammengefaßt worden. Das Ergebnis wird von dieser Kommission nun im Parteiorgan „Justice“ veröffentlicht.

Das Bild, das sich uns nun zeigt, ist kein besonders einheitliches. Manche wichtige Resolutionen sind mit nur geringen Mehrheiten angenommen oder abgelehnt worden. Klar ergibt sich immerhin so viel, daß die Mehrheit der B. S. P. Hyndmans Haltung auch heute noch ablehnt, daß sie die Kundgebung ihres Vorstandes zugunsten der Rekrutenwerbung mißbilligt, daß sie jingoistische und „patriotische“ Auffassungen von sich weist, von Erwerbungen und Annektionen nichts wissen will, sich gegen die Fortsetzung des Krieges wendet und einen sofortigen Friedensschluß bei Bedingungen, die einen dauernden Frieden verschlingen, verlangt und den rücksichtslosen Klassenkampf während des Krieges predigt. Damit hat sich die B. S. P., wenn auch nicht mit der gleichen Einmütigkeit, zu derselben Haltung bekant, wie sie die I. L. P. vertritt. Zur Probe lassen wir einige der Beschlüsse folgen.

Eine Resolution Edinburgh, die die Haltung des Vorstandes rückhaltlos billigte, wurde mit 70 gegen 78 Stimmen abgelehnt. Ein Amendement Gadsney (London), das die Empfehlung des Vorstandes zur Unterstüzung der Rekrutenwerbung bebauerte, wurde mit 59 gegen 58 Stimmen angenommen. Dagegen wurde eine andere Resolution, die eine öffentliche Zurückziehung des Manifestes vom 15. September forderte, mit 57 gegen 67 Stimmen abgelehnt. Eine Resolution

Aberdeen, die die Partei auffordert, sich unter keinen Umständen an Redeversammlungen zu beteiligen, wurde mit 76 gegen 62 Stimmen angenommen.

Die Resolution Gadeny, die es einer sozialistischen Partei unzulässig erklärt, die Schuld für den in seinem ganzen Wesen imperialistischen Krieg irgendeiner einzelnen Macht zuzuschreiben und die herrschenden Klassen aller Länder für die Feinde der Demokratie und der Freiheit erklärt, gegen die sich der Kampf der Arbeiter aller Länder richten müsse, wurde mit 66 gegen 82 Stimmen abgelehnt.

Demgegenüber wurde ein Amendement Southampton mit 74 gegen 69 Stimmen angenommen, das zwar auch den Krieg für einen imperialistischen erklärt, aber das Recht jeder Nation zur Abwehr fremden Angriffs anerkennt; die Behauptung zurückweist, daß die Intervention Englands durch den Bruch der belgischen Neutralität verursacht war, dabei aber gegen diesen Neutralitätsbruch energig protestiert, und nur einen Ausweg des Krieges für befriedigend erklärt, der die nationale Integrität und Unabhängigkeit Belgiens vollkommen wiederherstellt.

Eine lange Resolution der Zentral-Londoner Ortsgruppe, deren wesentlicher Passus den „militärischen Triumph der zentral-europäischen Autokratien über die politischen freien Völker Westeuropas“ als verhängnisvoll für das Wachstum des Sozialismus erklärt, wurde mit der großen Mehrheit von 96 gegen 41 Stimmen abgelehnt.

Resolutionen, die die internationale Solidarität betonen, wurden gegen wenige Stimmen angenommen; ebenso Resolutionen, die den rücksichtslosen Klassenkampf während des Krieges fordern.

Eine Resolution, die die Partei auffordert, sich der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu widersetzen, wurde mit 108 gegen 28 Stimmen angenommen.

Verstaatlichung der englischen Kriegsindustrie.

Amsterdam, 11. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In der am Dienstag im englischen Unterhause stattgefundenen Debatte über eine Vorlage, die der Regierung unbeschränktes Verfügungsrecht über für die Kriegsindustrie geeignete Werkstätten zugestimmt, erklärte der Arbeiterpartei-Mitglied Hodges seine Zustimmung wegen des kollektivistischen Charakters der Vorlage. Er forderte nur, daß die Regierung die in den betreffenden Betrieben üblichen Löhne zahle und bei eventuellen Reorganisationen die Arbeiter zurate ziehe. Der radikale Vorkämpfer fragte an, ob die Vorlage bedeute, daß alle in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter unter das Militärrecht gestellt werden sollen. Lloyd George erwiderte, daß davon keine Rede sei. Der Unionist Bonbury, ließ das Mißvergnügen der Kapitalisten über diese Vorlage durchblicken. Er beanstandete, daß die Vorlage nicht genügend Bürgschaft für eine angemessene Entschädigung der Unternehmer leiste. Er sagte, es wäre doch einfacher, wenn wir der Regierung einen einzigen Gesetzentwurf bewilligten, der besagt, daß sie während des Krieges tun kann, was ihr beliebt. Wir könnten dann gleich heimgehen.

Die Bewegung unter der englischen Arbeiterschaft.

Amsterdam, 11. März 1915. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Regierung bezog die Londoner Meeder dazu, mit den Arbeitergewerkschaften zu verhandeln.

Im Clydedistrikt brach ein neuer Konflikt aus, da die ungelerten Arbeiter eine Zulage von einem Penny pro Stunde fordern. Falls keine Einigung zustande kommt, stellen am Sonnabend 18 000—20 000 Arbeiter die Arbeit ein. — Auch die bisherigen Verhandlungen der gelerten Metallarbeiter des Clydebezirks mit den Unternehmern blieben resultatlos.

Das Glasgower Schiedsgericht sprach den westschottischen Stahlarbeitern eine zehnprozentige Lohnzulage zu.

Auch sonst fordern überall die verschiedensten Kategorien von Arbeitern Lohnhöhungen. Viele Forderungen wurden schon durchgesetzt, an anderen Orten dauern die Verhandlungen und Schiedsgerichtsverfahren darüber noch fort.

Deutsche Gefangene in England.

In der englischen Unterhause hat dieser Tage im Anschluß an die Anfrage eines Mitgliedes eine kurze Debatte über die Unterbringung der Kriegsgefangenen stattgefunden, die uns bemerkenswert genug erscheint, um im Wortlaut wiedergegeben zu werden:

M. R. Keill (Konf.) fragt den Unterstaatssekretär des Krieges, ob er Einzelheiten über die Summen angeben wolle, die für die Verpflegung von Donington Park (eines großen Landsitzes) für die Aufnahme von Kriegsgefangenen aufgewandt wurden oder aufgewandt werden sollen, und unter welcher Position im Heeresetat diese Ausgabe geführt werde.

Tennant (Unterstaatssekretär des Krieges): Die Kosten der Unterbringung werden auf 1750 Pfd. Sterl. (35 000 M.) für bauliche Veränderungen, Umbauten und Ausbesserungen am Haus veranschlagt; 2550 Pfd. Sterl. (51 000 M.) für Wiederherstellung, Ausdehnung und Ausbau der sanitären Einrichtungen; 2100 Pfd. Sterl. (42 000 M.) für Baracken; 1950 Pfd. Sterl. (39 000 M.) für elektrische Lichtanlage und Kraftstation; 450 Pfd. Sterl. (9000 M.) für Jänne und Tore. Die Gesamtsumme von 8800 Pfd. Sterl. (176 000 M.) ist einzustellen unter Position 10 des Heeresetats; alle Gebäude, Ausrüstungsgegenstände und Hausgeräte können entfernt werden bei oder vor dem Ablauf der Pachtung. Die Kosten der Verpflegung werden mit 4200 Pfd. Sterl. (84 000 M.) angesetzt, einzustellen im Heeresetat unter Position 8. Die allgemeine Einrichtung entspricht der einer Unteroffiziersmesse (Sergeant Mess).

Chamberlain (Konf.) fragt, wie viel Gefangene Donington Park zugewiesen würden.

Tennant: 320 Offiziere und 80 Soldaten als Bedienung.

Chamberlain: Für 8000 Pfd. Sterl. Tennant: 4200 Pfd. Sterl. waren für Ausbesserung bestimmt. Der Rest ist für bauliche Veränderungen, um das Haus, das unbewohnt war, bewohnbar zu machen.

M. R. Keill: Ist es gebräuchlich, Unteroffiziersmessern mit Billardräumen auszurüsten?

Tennant: Es ist gebräuchlich, aber ich weiß nicht, ob es gebräuchlich ist.

Hodge (Liberal): Wieviel Landtage beabsichtigt das Kriegsamt noch für den Komfort von deutschen Gefangenen wiederherstellen zu lassen? (Hört! hört!)

Tennant: Das kommt darauf an. Wenn wir andere Baulichkeiten erhalten könnten, würden wir froh sein.

Lord R. Cecil (Konfervative): Kann der sehr ehrenwerte Herr sagen, ob dieses Haus während einer sehr langen Zeit unbewohnt

war und ob die Änderungen mehr als absolut notwendig waren, um es bewohnbar zu machen?

Tennant: Das ist meine Auffassung. Um dieses unbewohnte Haus zur Aufnahme von 400 Leuten — eine sehr große Zahl — geeignet zu machen, müßten zwar einige Ueberschüssigkeiten ausgehakt worden sein, aber die Summe ist meiner Ansicht nach nicht übertrieben.

Chamberlain: Hat der sehr ehrenwerte Herr irgendeine Auskunft, aus der hervorgeht, daß britische Offiziere, die in Deutschland gefangen sind, ähnlich komfortablen Quartieren zugewiesen sind?

M. Thorne (Arbeiterpartei): Kann der sehr ehrenwerte Herr sagen, ob infolge dieser außerordentlichen Behandlung irgendeiner dieser Herren jemals Wünsche wird, wieder nach Deutschland zurückzugehen? (Hört, hört! und Lachen.)

Tennant: Wir sind eine sehr gastfreundliche Nation. Ich bin nicht in der Lage mit Sicherheit über die Frage zu sprechen, die der sehr ehrenwerte Herr von der Opposition an mich richtete, aber er weiß, daß wir jedes mögliche Mittel benutzten, um uns über die Art der Behandlung unserer Landsleute in Deutschland zu vergewissern. Ich werde ihm gern bei der ersten Gelegenheit die Information geben, die wir uns bemühen zu erhalten.

Tennant sagt auch in einer Antwort auf Mr. R. M. Keill, daß Automobilbeförderung für die Gefangenen, die Bewachung und das Gepäck von Derby nach Donington Hall vorgesehen sei. Einige deutsche gefangene Soldaten — im Verhältnis von einem für immer vier Offiziere und einige wenige außerdem für allgemeine Zwecke — sind nach Donington Hall zum Dienst geschickt worden.

Grey über die Forderungen Japans.

London, 11. März. (B. T. B.) Sitzung des Unterhauses vom 9. März. Bei Beantwortung einer Anfrage sagte Sir Edward Grey über die Forderungen Japans, er habe den Text von der japanischen Regierung eben erst erhalten. Es bestünde kein Grund anzunehmen, daß er nicht mit dem Texte, der der chinesischen Regierung überreicht worden sei, übereinstimme. Die Forderungen zerfielen in fünf Gruppen. Die fremden Regierungen hätten keine Vorstellungen erhoben, es seien jedoch nicht formelle Mitteilungen von einer oder von zwei Mächten eingelaufen. Da die im Besitze der britischen Regierung befindliche Information vertraulich sei, so habe diese keiner fremden Regierung formelle Mitteilungen gemacht. Die Regierung ziehe die Folgen des japanischen Schrittes in Betracht, um die britischen Interessen, mit denen sie eventuell in Konflikt stehen, zu schützen. Künftig man teile auf Anfrage mit, daß der Handel mit deutschen Firmen und Zweigfirmen in China gestattet sei. Nach Ansicht der britischen Regierung sei es jedoch nicht wünschenswert, daß britische Firmen sich mit deutschen Firmen in China einließen.

„Daily News“ schreibt in einem Leitartikel: Die Auskünfte, die Sir Edward Grey gestern über die japanischen Forderungen gegeben hat, waren unbestimmt, aber beruhigend. Ueber den Charakter der Forderungen scheint kein Zweifel zu herrschen, sie laufen auf die faktische Oberherrschaft Japans über China hinaus. Unter den gegenwärtigen Umständen ist die Reserve, die sich Sir Edward Grey auferlegt, natürlich und zweifellos notwendig, aber die japanische Frage zeigt, was für gewichtige Probleme vor der öffentlichen Diskussion ferngehalten werden. Das Pressebureau macht die Presse andauernd in wichtigen Angelegenheiten, die von keinerlei militärischem Interesse sind. Das geschah beispielsweise bei der holländischen Note über den Gebrauch der neutralen Flagge, die in England nicht veröffentlicht werden durfte. „Daily News“ fragt, welches Recht das Pressebureau habe, die Bevölkerung solchen Insulten auszusetzen. Die Zeit sei gekommen, daß ganz offen über die Angelegenheit gesprochen werde. Das britische Publikum bestche aus Erwachsenen. Wenn die Einengungen in die berechtigten Freiheiten der öffentlichen Presse andauernd übertrieben werde, so werde es Pflicht der Presse sein, das Vorgehen des Bureaus ernstlich an den Pranger zu stellen und aus der Angelegenheit eine Frage für die Allgemeinheit zu machen.

China und Japan.

London, 11. März. (B. T. B.) „Daily Telegraph“ meldet aus Peking über die Verhandlungen zwischen Japan und China: Erstens: Betreffend Schantung ist China bereit, neue Märkte zu öffnen und den Eisenbahnbau und die Uebertragung der Schantungspacht mit den daraus folgenden Rechten auf Japan zu gewähren, sofern China bei den Friedensverhandlungen zwischen Japan und Deutschland durch einen Spezialkommissar vertreten sein wird, um seine Rechte zu schützen. Zweitens: Betreffend die Südmandschurei und die Ostmongolei ist China zwar durchaus nicht einverstanden mit der Einleitung des Vertragsentwurfs, die eine allgemeine Theorie der Sonderrechte, wie Polizeiaufsicht, und der Rechte der japanischen Sonderstellung aufstellt, da diese den Vertragsrechten anderer Mächte direkt zuwiderlaufen. Aber China ist bereit, sofern die Postfrist für Port Arthur auf 25 Jahre zu verlängern, und für die Bahnlinsen Antung—Ruident und Tchangtschun—Kiein dieselbe Nachfrist zu gewähren wie für die Südmandschurei, ferner das allgemeine Recht des Landverkehrs und des unbeschränkten Aufenthalts für Japaner im ganzen Gebiet zu gewähren. Drittens: Betreffend die Mincenrechte im Yangtschetal namentlich betreffend das unter dem Namen Hanheping bekannte halbberpändete Eisen- und Kohlenunternehmen bei Hankow ist China bereit, mit Japan ein besonderes geschäftsmäßiges und für Japan vorteilhaftes Abkommen zu schließen. Aber es will nicht alle Mincenrechte im Yangtschetal durch doppelstimmige Bindungen, wie sie in dem Vertragsentwurf vorkommen, in ein japanisches Jbidemomij verwandeln. Viertens: Betreffend das Verbot, künftighin irgendeiner Macht chinesische Inseln und Teile der chinesischen Küste abzutreten, stimmt China völlig mit Japan überein. Aber es behält sich vor, diese Politik allen Mächten zugleich in einer Zirkularnote mitzuteilen, die die Pekingser Deklaration heißen und neue Beziehungen mit der Welt einleiten soll.

Fünftens: Betreffend die Rechte, in Zukun neue Bahnlinsen im Yangtschetal und Polizeirechte und Ratsschläge anzuregen, die Chinas Souveränität mit der einer anderen Macht unglücklich vermischen würden, erklärt China, all dies müsse neu bearbeitet, wenn nicht gänzlich gestrichen werden. China ist völlig bereit und wünscht dringend, daß der japanische Nachbar an seiner industriellen Entwicklung teilnehmen und sie beschleunigen möge, aber China hat erkannt, daß die Zeit gekommen, wo geheime Diplomatie und geheime Verträge für alle Beteiligten schädlich sind. China glaubt, daß jedes Recht, das eine Nation einer anderen gewährt, frei und offen gegeben werden und die volle und freie Befähigung jeder anderen Macht erhalten müsse.

Die Entlassung der Garibaldinerlegion.

Paris, 11. März. (B. T. B.) „Echo de Paris“ erfährt aus Rom, daß die Entlassung der Garibaldinerlegion mit der künftigen Haltung Italiens im Zusammenhang stehen soll.

Arbeitslosigkeit in Paris.

Nach „Echo de Paris“ vom 4. März sind 60 000 Schneiderinnen, Modistinnen und sonstige in Geschäften angestellte arbeitslos. Die meisten waren in der Luxusindustrie beschäftigt.

Schulzwang in Belgien.

In Belgien bestand bisher kein Schulzwang; dieser sollte erst im weitauslichen eingeführt werden durch ein Gesetz, das infolge des Krieges nicht mehr zur Durchführung kam. Das Gesetz führt den obligatorischen Schulunterricht insoweit ein, daß ein Vater nur dann nicht gezwungen werden kann, seine Kinder zur Schule zu schicken, wenn sich im Umkreis von vier Kilometer keine Schule befindet, die seinen religiösen und politischen Anschauungen entspricht. Jetzt veröffentlicht der Generalgouverneur eine Verordnung, die dieses Gesetz zur Ausführung bringt und bestimmt, daß in der zweiten Hälfte des März die Gemeindevorstellungen dem Volksschulinspektor des Kantons eine Liste der schulpflichtigen Kinder einzureichen haben. Am 1. Mai müssen alle Anmeldebarken der Familienäter beim Volksschulinspektor vorliegen.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Die verstärkte Budgetkommission des Reichstages begann am Donnerstag die Erörterung des Etats des Auswärtigen Amtes mit einer Aussprache über die gesamte politische Lage. Der Referent eröffnete diese Aussprache mit einem allgemeinen Ueberblick über die militärische und politische Situation. Danach gab der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Auskunft über die gegenwärtige diplomatische Lage und schilderte dabei in einzelnen unsere Beziehungen zu den neutralen Mächten. Ausführlich wurde die Lage unserer Zivil- und Kriegsgefangenen in den feindlichen Ländern besprochen. Die Berichte, die von neutraler Seite dem Auswärtigen Amt erstattet worden sind, sind zwar in mancher Beziehung beruhigend. In vielen Fällen sind die feindlichen Regierungen jedoch ihren Pflichten in der Behandlung der Gefangenen nicht nachgekommen. Die gegen das Völkerverbot festgehaltenen Zivilpersonen sind vielfach schlechter behandelt worden als die Kriegsgefangenen. Die Unterkunftsverhältnisse haben, namentlich im Beginn des Krieges, große Mängel aufgewiesen. Besonders schlecht erscheint die Lage der mittellosen Zivilgefangenen in Rußland. Zur Erleichterung ihrer Lage ist der amerikanischen Botschaft in Petersburg — ebenso wie in den andern feindlichen Ländern — ein unbeschränkter Kredit zur Verfügung gestellt worden. Darnach ist die Reichsregierung in Verbindung mit den Schutzmächten und mit wohlthätigen Vereinigungen bemüht, für Besserung zu sorgen. Mit schärfster Entrüstung wurde der durch die Hinrichtung der Deutschen Friede und Grundler in Casablanca begangene Justizmord besprochen. Von der Regierung wurden die Schritte der Verhinderung, die geschehen sind, um die Vollstreckung des Urteils zu verhindern. Ueber Vergeltungsmahrgeln behält sich die Reichsregierung ihre Entschlüsse bis zum Eingang des Urteils vor.

Die durch die Presse bekanntgewordene Ankündigung der britischen Admiralität, daß die gefangenen Besatzungen von U-Booten einer anderen Behandlung unterworfen werden sollen als andere Kriegsgefangene, ist sofort zum Gegenstand einer Anfrage bei der englischen Regierung gemacht worden. Dabei ist kein Zweifel darüber gelassen worden, daß zur schärfsten Vergeltung gegriffen werden würde, falls sich die Ankündigung bestätigt. Die Angabe, daß die Engländer deutsche Gefangene auf Schiffe gebracht hätten, um sie gewissermaßen als Kugelfang gegen deutsche Angriffe zu benutzen, hat sich als irrtümlich herausgestellt. Der Grund der Maßnahme ist in den Unterkunftsverhältnissen zu suchen. Gefahr liegt für diese Gefangenen nicht vor. In eingehenden Erörterungen beschäftigte sich die Kommission mit der brutalen und völkerverhätlichen wirtschaftlichen Kriegführung Englands. Es wurde allgemein zustimmend anerkannt, daß die dagegen ergriffenen Vergeltungsmahrgeln notwendig und wirkungsvoll sind. Die in der Frage des U-Bootkrieges ergangenen Noten fanden allgemeine Billigung.

Letzte Nachrichten.

Selbstmord des Kommandeurs der 10. russischen Armee.

Frankfurt a. M., 11. März. (B. T. B.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Petersburg: Der Oberkommandant der 10. Armee, General Sievers, hat Selbstmord verübt, wie aus Berichten über eine für den „auf tragische Weise Geforderten“ abgehaltenen Trauerfeier in der lutherischen Annakirche hervorgeht.

Die portugiesischen Wirren.

Paris, 11. März. (B. T. B.) Der „Temps“ meldet aus Lissabon: Der Demokratische Kongress tritt am 14. d. M. zusammen, um die zur Beendigung der gegenwärtigen Krise geeigneten Mittel zu erörtern. Es wird der Vorschlag gemacht, die Regierung durch die Neuwahlen zu führen. Wenn hierüber eine Einigung erzielt wird, wird eine eifrig propagandistische eingeleitet werden. Andernfalls soll von Wahlen abgesehen und das gegenwärtige Parlament als die tatsächliche gesetzgebende Körperschaft betrachtet werden, das zusammenzutreten soll, wo und wie es kann. Demnach kann der Unfall eintreten, daß das Land zwei sich bekämpfende Parlamente besitzen wird.

Die demokratische Parlamentärsgruppe hat an alle Abgeordneten und Senatoren, welche sich dem Proteste gegen die Regierung Castro angegeschlossen haben, folgende Weisungen gesandt: 1. Die Regierungsdoktrine, welche die bestehenden Gesetze verändern und auf die Gesetzgebung Bezug hatten, für null und nichtig zu erklären. 2. Alle portugiesischen Bürger, insbesondere die Staatsbeamten zu veranlassen, die betreffenden Dekrete nicht zu befolgen. 3. Keinerlei diktatorische Handlung der Regierung anzuerkennen.

Verunglückter Flieger.

Paris, 11. März. (B. T. B.) Nach einer Wittermeldung ist der englische Militärflieger Oberst, der gestern in Costbourne aufgelisten war, aus 250 Meter Höhe ins Meer gestürzt. Seine Leiche wurde geborgen.

Dyphusepidemie in Serbien.

Saloniki, 11. März. (T. H.) Der Dyphus in Serbien nimmt einen verheerenden Charakter an. Die Seuche grassiert unter Militär- wie Zivilpersonen und fordert täglich zahlreiche Opfer. In Nisch erkrankten an einem Tage 45 Soldaten und starben 27. Der Verd der Epidemie umfaßt das Gebiet von Belgrad bis Staje und Bitolla. Ueberall fehlt es an Mitteln für die Krankenpflege und das schlimmste dabei ist noch, daß auch die Ärzte und Sanitäter sich nicht vor der Ansteckung schützen können und der Seuche zum Opfer fallen. Die griechische Regierung ordnete an der Grenze eine achtstägige Quarantäne für alle aus Serbien kommenden Personen an. Da immer weiter zahlreiche serbische Flüchtlinge nach Griechenland kommen, so hat sich in der Quarantäne eine Woge von Typhus ausgebreitet. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen ist die Seuche in Saloniki eingeschleppt worden.

A. Wertheim

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat. Zusendung dieser Artikel kann nicht erfolgen.

Frisches Fleisch

Schmorfleisch mit Knochen Pfund 85 Pf.	Kalbsbrust-Spitze 2-3 Pfund 1 M.
Roastbeef mit Knochen, Pfd. 80 Pf.	Schweinekotelette Pfund 1.10
Rinderkamm Pfund 75 Pf.	Schweinekamm . . . Pfund 1.05
Rinderbrust Pfund 75 Pf.	Schweineschutt . . . Pfund 1.05
Querrippe Pfund 70 Pf.	Schinken im ganzen . . Pfund 1.05
Kalbskeule u. Rücken ^{ganze} 1 M.	Schulterblatt im ganzen Pfund 1.05
Kalbskamm u. -Brust Pfd. 85 Pf.	Kaninchen gefroren, St. 70 bis 90 Pf.

Wurstwaren

Zerelat- und Salamiwurst Pfund 2.20	Jagdwurst Pfund 1.20
Holsteiner Zerelat- und Salamiwurst . . . Pfund 1.85	Rotwurst . . . Pfund 80 Pf. 1.10
Teewurst Pfund 1.55	Landleberwurst . . Pfund 1.10
Magerer Speck . . . Pfund 1.45	Sardellenleberwurst ^{in kleinen Würsten} Pfd. 1.40
Schinken ^{in Dosen, netto eingewogen, Gewicht, 9-12 Pfund, Pfd.} 1.90	Trüffelwurst
	Tomatenleberwurst

Butter und Käse

Tisch- und Tafelbutter Pfund 1.58 1.68 ^{1/2-Pfund Pakete} 79 84 Pf.	Brie vollfett Pfund 95 Pf.
Holl.Honig garant. rein, Pfd. 80 Pf.	Camembert Stück 26 Pf.
	Algäuer Käse . . . Pfund 90 Pf.

Rinder-Filet

unausgeschält im ganzen Pfund 90 Pf.

Blut - Apfelsinen

Kiste ca. 60 Stück 3.95

Sprottbücklinge

Kiste ca. 15 Stück 38 Pf.

Kiste ca. 30 Stück 60 Pf.

Suppen- u. Brathühner

Stück 2.20 bis 3.90

Puten Pfund 1.25

Fasanen

Stück 2.40 u. 3.50

Obst und Gemüse

Mohrrüben 3 Pfund 25 Pf.	Apfelsinen Dtz. 40 50 60 Pf.
Kohlrüben . Stück 5, 10, 15 Pf.	Rhabarber 2 Bund 25 Pf.
Meerrettich . Stange 5 u. 10 Pf.	Mandarinen . . . Pfd. 30 35 Pf.
Sellerie Knolle 5 u. 7 Pf.	Kalifornische Äpfel Pfund 50 und 60 Pf.
Bittere Orangen . Dtz. 75 Pf.	

Fische

Kabeljau ohne Kopf, in ganzen fischen Pfund 20 Pf.	Petermännchen ^{Seeforellen} Pfund 25 Pf.
Goldbarsch Pfund 15 Pf.	Frische Plötzen . Pfund 28 Pf.
Heilbutt im Ausschnitt, Pfd. 50 Pf.	Leb. Lausitz. Karpfen Pfund 75 Pf.
Große Schollen . Pfund 40 Pf.	Lebende Hechte . Pfund 1.05
Steinbutt Pfund 1.10	Lebende Schleie . Pfund 95 Pf.

Räucherwaren

Kieler Bücklinge 3 Stück 25 Pf., 2 Stück 10 Pf.	Goldfische Stück 15 Pf.
Kieler Fludern . Pfund 50 Pf.	Geräuch. Aal Pfd. 1.20 u. 1.50
Makrel-Bücklinge 2 St. 25 Pf.	Matjes-Heringe Stück 10 15 20 25 Pf.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis.

Montag, den 15. März 1915, abends 8 1/2 Uhr, in den Kammerjalen, Teltower Straße 1:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 221/12*
Fortsetzung der Diskussion über den Vortrag der Reichstagsabgeordneten Richard Fischer und Hugo Haase vom 2. Februar.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Der Vorstand.
Die Abrechnung vom Jahlabend erfolgt in den Abteilungen am Dienstag, den 16. d. M. (statt Montag, den 15. d. M.).

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin. Tel. Amt Moritzplatz 10628, 3578. Bureau: Rungelstraße 30.

Bildbilder-Vorträge

In der kommenden Woche: Thema: Ein Besuch der Kriegsschauplätze in Ostpreußen. Vortragender: Kollege Ahlemeyer.

Bodenleger, Einseher, Jaloussiearbeiter, Drechsler und Treppengeländerbranche

Montag, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Bocker, Weberstr. 17.

Bezirk Süd-Ost 1 und 2

Dienstag, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Süd-Ost, Waldemarstr. 75.

Bezirk Neukölln, Bau- u. Möbeltischler

Mittwoch, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Passage-Festsälen, Bergstr. 151/52.

Stellmacher

Sonntag, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Sophien-sälen, Sophienstr. 17/18.

Kamm-, Knopf-, Schirm- und Stockarbeiter

Sonntag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, in Breners Festsälen zur Königsbank, Große Frankfurter Str. 117.

Maschinenarbeiter

Montag, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Alexanderstraße 27c (früher Englischer Hof).

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Generalversammlung. 2. Die jetzigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Maschinenarbeiter. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Die in Stellmacherei- und Flugzeug-Betrieben beschäftigten Maschinenarbeiter sind besonders eingeladen.
Die Generalversammlungs-Delegierten haben die Pflicht, vollständig zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung. 110/11

Verkäufe.

Teppiche mit kleinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Porzellan, Siebdecke, Tischdecken, Diwanddecken, sehr billig. Vorwärtsleiter 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Brunn, Godescher Markt 4 (Bahnhof Börse). 246/4*
Teppich-Thomas, Dramenstr. 44 (spottbillig farbfehlende Teppiche, Gardinen, Vorwärtsleiter 5 Prozent Extrarabatt. 108*
Für Schuhmacher leichte, gebrauchte Säulen-Maschine für 75,- Markt zu verkaufen. Remat u. Silber, Lindenstraße 71/72. 12636

Monatsanzüge, nur wenig getragen, Valetots, Mitter, Golen, Gesellschaftsanzüge werden spottbillig verkauft. Die elegantesten Anzüge sind leibweise billig zu haben. Wilhelms-Platz, Große Frankfurterstraße 88.

Einsparungsleiter, Bräutigamskostüme, Valetots, Eportjaden, Trauerkostüme, schwarze Trauermäntel, Röcke, Hüten, Kinderkleider direkt aus Arbeitsstudien spottbillig. Weber, Blücherstraße 13, 1. Etage. Sonntags geöffnet. 29858*

Möbel.

Breite nur jetzt im Kriege, nie wiederkehrend: Englische Bettstelle 28, Ruhebett 24, englischer Anlebenschrank mit Büchschubteil und Facettenspiegel 88, dergleiche etwas kleiner 63 Mark, Bücherregal, Trumeau 30, Vertiko, Kleiderschrank mit Verglasung 39, Sofa 36, großer Teppich, gute Qualität, schönes Parkett 29, wundervolle, billige Schlafzimmer, herrliche, billige Wohnzimmer, Küche, Kuchentisch 58, Schreibtisch 38, Ausblechtisch 16, Rohrstuhl 3.50, Waschtisch 19, Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32.

Blüschgarnitur: Sofa, 2 Sessel, 100,-, Kleiderschrank, Vertiko 30,-, Spiegelständer mit Spiegel 25,-, Roquette sofa 25,-, Bettstelle mit Matratze 5,-, Trumeau mit Kristallglas 35,-, Knütteltisch 20,-, einzigartige Küche, Kuchentisch 65,-, Ständig Gelegenheitskäufe. Möbelhaus Dren, Andreasstraße 30. 568

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714. Bureau geöffnet von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr.

Sonntag, den 14. März 1915, vormittags 10 Uhr, in den Nordpalast-Festsälen, Kösliner Str. 8:

Branchen - Versammlung Eisenformer u. Berufsgen.

Tagesordnung: 1. Die Verletzungen der Vereinbarung bei der Firma Vorsig. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, den 14. März 1915, vormittags 10 Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstraße 27c:

Branchen - Versammlung Eisenkonstruktions - Werkstätten

beschäftigten Arbeiter sowie Fahrstuhlmonteure u. Helfer

Tagesordnung: 1. Bericht der Branchenkommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
Die Ortsverwaltung. 110/11

Möbelfredit. Komplette Wohnungseinrichtungen, einzelne Möbelstücke. Geringste Anzahlung, bequemste Abzahlung. Kreditbüro Lützenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Zamoyski-Brücke.

Kriegshalber hübsche Wohnungseinrichtung, herrliche Küche, alles noch neu, zusammen nur 228 Mark. Köpenickerstraße 57, vorn III bei Glas. (Gewerblich) Händler verkaufen. 1916*

Geschäftsverkäufe. Restaurant wegen Todesfalls meines Vaters billig zu verkaufen. Montag, Donnerstag, Sonnabend Marktgeschäft. Frau Löwe, Tegel, August-Rüllerstraße 7. 12505*

Kaufgesuche.

Kupfer! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn, Zink, Blei, Quecksilber, Stanniolpapier, Platinaabfälle, Jagdgewichte, Goldfäden, Silberabfälle, Höchstpreise! Metallschmelze Gohn, Brunnenstraße 25 und Neukölln, Berlinstraße 76. 177*

Fahrradkauf, Linienstraße 27.

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Göttschinerstraße 16.
Wäsche im Hause. Waldemarstraße 70, Kam. 714*

Vermietungen.

Wohnungen. Charlottenstraße 87 keine Wohnungen sofort billig. 6876*

Freundliche Wohnungen, neu renoviert, billig Zwinnmännerstr. 83.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer bei Stenwedel, Baumhüttenweg, Trojanstraße 6, vorn II, gegenüber den Sportplätzen. 29918

Infolge Einberufung suchen wir zum sofortigen Eintritt tüchtigen Buchhalter oder Buchhalterin
An gewissenhafte und saubere Arbeit gewohnte Kräfte wollen Bewerbung mit Zeugnisabschriften und Gehaltsforderung sofort einreichen an
Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H.
293/6* Breslau, Neue Graupenstraße 7 1.

Kadefahrer, Lauf- und Arbeitsburschen

im Alter von 14 bis 18 Jahren verlangt der
Arbeitsnachweis am Michaelkirchplatz 2.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche. Klavierstimmer. Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Haffelbach, Neukölln, Niemeßstraße 10.

Stellenangebote. Zanaufsteller. gelbe, suden Wolf u. Friedrich, Friedrichsbagen.

Tüchtigen Ladierer für Krankentisch, sofort. H. Winkler, Bauhofstraße 10. 12986

Arbeiter und Arbeiterinnen auf Dedei und Fächer für 98 in und außer dem Hause verlangt. Kuding, Jumbo, Fischerbrücke 16. 12676*

Tüchtige Feimerin auf Photokabinen sucht Große Frankfurterstraße 13. 748

Tüchtige Autoschlosser und Motorschlosser

sofort gesucht 12626
Adlerwerke, Berlin, Zimmerstr. 94.

Tüchtige Schlosser

werden für dauernde u. lohnende Beschäftigung gesucht. E. J. Arnheim, Berlin, Badstr. 40/41, Weidisch anstalt.

Korbmacher auf 98er, und Frauen auf Halbtappan gesucht.

Köpenicker Str. 74. 20/5

Korbmacher

auf 98er Rationenskörbe werden eingestellt. 12606
Kramer, Wallstraße 25.

Stellmacher.

Tüchtiger Radmacher sofort gesucht. Adlerwerke, Berlin, Zimmerstraße 94. 12616

2 tüchtige Maurer

gesucht, die nachweislich langjährige Erfahrungen im Bau von industriellen Oefen haben; vorzutellen vormittags. Gedr. Bierburg, Göttschinerstraße 15. 12746

Amerika und Deutschland.

New York, 10. Februar. (Sig. Ver.)

Die Erklärung der deutschen Regierung, daß die britischen Gewässer vom 18. Februar als Kriegszone zu gelten haben, hat in gewissen amerikanischen Blättern noch größere Entrüstung hervorgerufen als in der englischen. Vergleich man zum Beispiel führende New Yorker Blätter mit englischen Zeitschriften vom Schlage der Londoner „Nation“, so muß man feststellen, daß die britischen Blätter die Sachlage weit sachlicher und ruhiger beurteilen. Besonders leicht ließe sich eine ähnliche Abweichung in dem Grade der Leidenschaftlichkeit feststellen, wenn man den Ton deutscher Blätter mit dem der deutsch-amerikanischen Zeitungen vergleicht. Wer weit vom Schuß ist, gefälligst sich nur zu leicht in der kriegerischen Pose, schimpft auf den Feind oder spottet über ihn.

Bei diesem Gemütszustand ist es natürlich schwer, den wahren Ansichten der Amerikaner auf den Grund zu kommen. Der Krieg hat auch in diesem Lande jene intellektuelle Unselbstigkeit erzeugt, die die Logik als ein Mädchen für alles betrachtet. Einen Tag freut sich die Presse über die angebliche Ausschungerung Deutschlands wie die Raben, die auf das Verderben ihres Opfers warten. Am nächsten Tage erklärt sie die Ausschungerung Deutschlands für eine Unmöglichkeit, für einen hohen Wortwand, mit dem die deutsche Regierung die Verdröpfung der Handelsflotte Englands zu rechtfertigen suche. Auf der einen Seite entrüstet man sich über das Vorgehen der deutschen U-Boote, auf der anderen erklärt man den Kriegspläne Deutschlands für einen Bluff, für ein Unternehmen, dem die deutsche Marine nicht gewachsen sei. Und so liegen sich Tausende von Widersprüchen anführen, die tagtäglich in den angesehensten Blättern des Landes anzutreffen sind.

Der Gemütszustand, der aus dieser Argumentation spricht, beweist zur Genüge die Schwulst, in der sich die amerikanischen Kapitalisten befinden. Englands Herrschaft zur See ist ihnen durchaus willkommen. Je länger der Krieg in seiner jetzigen Art andauert, um so mehr Aussichten haben die Vereinigten Staaten, England aus seiner führenden Weltstellung zu verdrängen. Die sich dieser Entwicklungsprozess durchzieht, ist schon klar zu erkennen. Die gewaltige Ausfuhr von Kriegsmaterialien macht England und seine Verbündeten immer mehr zu Schuldnern Amerikas. Da gegen diese Ausfuhr Waren nur in beschränkter Maße eingeführt werden, müssen die Schulden entweder durch Gold, durch Anleihen oder durch den Verkauf amerikanischer Effekten beglichen werden. Obwohl infolge der einseitigen Handelsbilanz das Gold jetzt nach New York strömen sollte, ist von einer solchen Bewegung wenig zu spüren. Anstatt dessen werden hier Anleihen aufgenommen und die in europäischen Händen befindlichen amerikanischen Effekten gekauft, was bei dem niedrigen Kurs des europäischen Geldes (der englische Sovereign stand an einem Tage dieser Woche 5 Cents unter dem Goldinhaltspunkte) ein gewinnbringendes Geschäft ist. Die Lage setzt den amerikanischen Außenhandel auch insofern, als sich immer mehr von London zu emancipieren. Früher wurde dieser Handel fast durchgängig vermittels Agenten auf Londoner Finanzhäuser bewerkstelligt. Heute schon haben die großen amerikanischen Finanzinstitute einen großen Teil dieses Kreditverkehrs an sich gerissen. Nebenbei man fern, daß die Einstellung der ausländischen Emissionstätigkeit der Londoner Häuser und das Verlangen des reichlich vorhandenen Kapitals nach Anlage der amerikanischen Finanzinstitute eine gute Geschäft Gelegenheit bietet, daß das mit dem Kriege eingeführte neue Bankwesen die großen New Yorker Geldinstitute auf Kosten der kleinen ländlichen Banken bereichert, daß ferner die Aussicht besteht, daß Amerika einen großen Teil der englischen Handelsmarine an sich reiht, so wird man verstehen, weshalb der vorhandene Zustand den amerikanischen Kapitalisten durchaus nicht unangenehm ist und weshalb sie die Folgen der deutschen Operationen gegen den englischen Handel fürchten.

Daß es wegen der Verankerung eines amerikanischen Schiffes zu einem Kriege zwischen Deutschland und Amerika kommen könnte, ist unter den gegebenen Verhältnissen nicht sehr wahrscheinlich. Zwar haben einige Blätter eine solche Gefahr schon angedeutet und auf den Ursprung des Englisch-Amerikanischen Krieges vom Jahre 1812 verwiesen. Die schlimmsten Sensationsblätter haben sich auch schon deutscher hören lassen. Aber im Volke merkt man nichts von einer kriegerischen Stimmung. Die hohe Finanz, die die Haltung der leitenden Blätter inspiriert, würde an einem Kriege auch kein Interesse haben, namentlich dann nicht, wenn sich die Kriegszonen-taktik Deutschlands bewähren sollte. Dazu kommt, daß der Präsident Wilson für den Krieg schwerlich zu haben wäre. Noch wichtiger ist vielleicht die Tatsache, daß die chauvinistischen Hühner unter

der Anführung des Herrn Hobson zurzeit eine große Jagd auf den japanischen Hafen inszenieren. Der Ruf gegen Deutschland würde ihre Pläne fördern. Können sie doch jetzt triumphierend auf das Vorgehen Japans gegen China weisen und dartun, wie recht sie stets gehabt haben.

In einem aus so vielen Elementen zusammengesetzten Volke wie dem amerikanischen ist die Volkstimmung etwas sehr Unbestimmtes. Es ist wahr, daß der englisch sprechende Teil der Bevölkerung den Deutschen vielfach unfreundlich gesinnt ist. Doch von der grimmigen aggressiven Deutschfeindlichkeit, die von einem Teil der Presse zur Schau getragen wird, ist beim Volke wenig zu spüren. Davon kann man sich nach einer längeren Anwesenheit im Lande überzeugen. Der deutsche Handwerker wird nach wie vor geschätzt und geachtet und die Hauswirte vermieten gern an Deutsche, da sie wissen, daß dann die Wohnung rein und ordentlich gehalten wird. In den Menschengruppen, die sich vor den Redaktionen der großen New Yorker Blätter ansammeln, um die letzten Kriegsnachrichten zu lesen, macht man sich einen Spaß daraus, die anwesenden Deutschen, die hitzig disputieren, zu uzen. Diese Gemütsstimmung kommt auch an anderen Orten zum Ausdruck. Auf der Station einer Brooklyn Vorstadt, die fast ausschließlich von Deutschen bewohnt wird, kann man eine Wohnverordnung in deutscher Sprache sehen, auf die jemand in gräßlichem Deutsch geschrieben hat: „Es sagen on dis papier that de ganze Deutsches Army is feiern. Ja!“

Die ungünstige Stimmung gegen Deutschland ist nicht wenig durch die englandfeindliche Haltung der bürgerlichen deutsch-amerikanischen Presse geschürt worden. Ihre hitzigen Angriffe auf England fanden natürlich bei den Amerikanern englischer Abstammung Begehrung mit gleicher Münze. Aber auch Amerikaner, die sich bemühten, so neutral wie möglich zu sein, wurden vor den Kopf gestoßen. Dies war namentlich in der letzten Zeit der Fall, als der Plan aufkam, die bürgerlichen deutsch-amerikanischen Elemente, die sich bisher nur zur Verteidigung des Vierfelds gegen die Prohibitionisten zusammenfinden konnten, politisch zu organisieren, um vom deutschnationalistischen Standpunkte aus die absolute Neutralität der Vereinigten Staaten zu erzwingen. Das hat nicht wenig böses Blut erzeugt. Denn die Amerikaner folgten mit Recht, daß ein amerikanischer Bürger nicht zu gleicher Zeit die Interessen Amerikas und eines anderen Staates wahrnehmen könne. Der Proteststurm, der sich erhob, hat dem Plane gleich den Garau gemacht. Allerdings ist zur Entschuldigung der Deutsch-Amerikaner anzuführen, daß viele amerikanischen Blätter die Bürger deutscher Abstammung beständig in ganz unnötiger Weise in ihren Gefühlen verletzen und englischer tun als die Engländer.

Politische Uebersicht.

Die Freigabe der Diskussion über das Kriegsziel.

Der Bund der Landwirte, der Deutsche Bauernbund, der Zentralverband Deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen, der Hansabund und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband richteten gemeinschaftlich an den Reichstag die Bitte:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Erörterung der Friedensbedingungen möglichst bald freigegeben wird, damit die öffentliche Meinung bei den Friedensverhandlungen rechtzeitig zur Geltung gelangen kann.

Zur Begründung dieser Forderung wird angeführt, daß die Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ in dieser Sache keineswegs genügen, weil bei den Urhebern des in dem offiziellen Blatte veröffentlichten Artikels irrtümliche Vorstellungen über die Anschauungen und Wünsche bestehen, die in der breiten Masse unseres und namentlich auch bei unseren im Felde stehenden Kämpfern herrschen.

Die „Post“ bemerkt dazu:

„Zur rechten Zeit tritt dieser Einheitswille mit seinen grundsätzlichen Friedensforderungen in die Öffentlichkeit. Er wird den Vertretern des deutschen Volkes, die soeben zusammengetreten sind, um den Volkswillen nachdrücklich geltend zu machen, das Maßstab stärken und ihnen zum Bewußtsein bringen, daß die Gesamtheit der berechtigten Forderungen der deutschen Volkswirtschaft der Entscheidung über deren Schicksal beim Friedensschluß nur dann mit Vertrauen entgegensehen kann, wenn das deutsche Vaterland größer und stärker als zuvor aus diesem Kriege hervorgeht.“

Man kann darüber anderer Meinung sein, ob der Wunsch nach einem „größeren“ und „stärkeren“ Deutschland im Volke in dem Sinne besteht, wie die „Post“ es glauben machen will. Darin hat aber die „Post“ recht, daß fast alle Parteien und Volkskreise die endliche Freigabe der Diskussion fordern.

Besteuerung der Kriegsgewinne.

In der Zweiten Kammer des Großherzogtums Hessen hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, sobald ein Gesetz in Vorlage zu bringen, durch das der während der Kriegszeit erfolgte Vermögenszuwachs zu einer besonderen progressiv gestalteten Steuer herangezogen wird.

In der Begründung heißt es: Der Krieg erfordert Opfer an Gut und Blut in allen Schichten des Volkes. Die Erwerbsmöglichkeiten seien allgemein verschlechtert und machten es notwendig, daß in der Lebenshaltung zahlloser Volksglieder eine Einschränkung eintreten müsse. Billig ertrage das Volk alle Opfer in dem Bewußtsein, daß nur Ansharren und das Zusammenwirken aller Schichten der Bevölkerung den endgültigen Sieg Deutschlands ermöglichen werde. Wenn aber in der Zeit der allgemeinen Notlage einzelne imstande wären, infolge des Krieges bedeutende Gewinne zu erzielen, so sei das Verlangen berechtigt, diesen jetzt erzielten Vermögenszuwachs einer besonderen, möglichst hohen und progressiv gestalteten Steuer zu unterwerfen. Es dürfe nur auf die Gewinne der Kriegslieferungsgeschäfte verwiesen werden, die oft große, weber durch Leistung noch durch Risiko gerechtfertigte Gewinne zu machen in der Lage seien. Niemand solle aus der allgemeinen Not einen Vorteil ziehen, ohne davon wieder einen wesentlichen Teil an die Allgemeinheit abzuführen.

Was wird aus den Jugendkompagnien?

Mit dieser Frage beschäftigt sich ein Führer der rheinischen Nationalliberalen, Professor Moldenhauer, in einem Leitartikel der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 248). Moldenhauer steht seit einem Jahre an der Spitze der militärischen Vorbereitung in Köln. Er fordert zunächst, daß die militärische Vorbereitung der Jugend eine dauernde sein muß. Allerdings sollten dadurch die bisherigen Jugendvereine, die den Jugendkompagnien anfangs abnehmend gegenüberstanden hätten, nicht in ihren besonderen Aufgaben geschwächt werden. Die zweite Forderung Moldenhauers aber ist, daß die Teilnahme an der militärischen Vorbereitung der Jugend nicht mehr freiwillig sein darf, sondern pflichtig gemacht sein muß. Die gleiche Forderung werde von den meisten Leitern der bisherigen Jugendwehrlompagnien erhoben. Nach Moldenhauer ist die anfängliche Begeisterung der Jugend von einem allmählichen Abflauen der Beteiligung der jungen Leute an den Übungen abgelöst worden. Als Gründe dafür gibt er an: die steigenden Anforderungen an die Leistungen, die militärische Disziplin, die Ungunst der Witterung, die Angst der Eltern um die Gesundheit ihrer Söhne, der scharfe Widerstand sehr, sehr vieler Arbeitgeber, der Widerstand mancher höheren Lehranstalten und das Mißtrauen vieler Leiter der bisherigen Jugendvereine.

Deshalb will Moldenhauer den Zwang zur Jugendwehr, dem aber entsprechende Rechte und Vergünstigungen entsprechen müßten.

„Die bisherige nur für die Dauer des Krieges bestimmte militärische Vorbereitung muß als dauernder Militärvorbereitungsdienst einen Teil der militärischen Ausbildung übernehmen. Dadurch wird es möglich werden, daß die militärische Dienstzeit eines großen Teiles der Militärpflichtigen, soweit es sich um die nichtberufenen Truppen handelt, auf ein Jahr ermäßigt werden kann. Am Zeit wäre jede Woche ein voller Nachmittag und eine Abendstunde zum theoretischen Unterricht sowie monatlich ein Sonntagvormittag erforderlich.“

Durch die Verkürzung der Dienstzeit werde es möglich, alle Tauglichen ins Heer einzustellen. Aus den Reihen der militärisch Vorgebildeten werde sich auch der Ersatz für Unteroffiziere und Offiziere nehmen lassen.

Kriegsgefangene zur Ackerbestellung.

Für die Durchführung der Ackerbestellung und Ernte hat sich die Kreisverwaltung bereit erklärt, Kriegsgefangene möglichst noch im Laufe dieses Monats in ausgiebigem Maße zur Verfügung zu stellen. Die Grundfrage über die Verwendung der Kriegsgefangenen gehen in diesen Tagen den Landratsämtern zu bei denen auch der Bedarf an Kriegsgefangenen anzumelden ist. Wenn möglich, werden nur Kriegsgefangene zur Verfügung gestellt, die von Haus aus in den verschiedenen landwirtschaftlichen Arbeiten wohl bewandert sind. Auch die Wünsche der kleineren Besitzer werden ausreichende Berücksichtigung dadurch finden, daß tagelange Gefangene in ganz kleinen Trupps (zwei Mann) verwendet werden dürfen. Auch Gemeinden werden in Vertretung der kleinen Besitzer als Arbeitgeber zugelassen.

Ablösung.

Aus einem Feldpostbrief.

Wolnow, d. 28. 2. 15.

Die Sonne sank im Westen,
Und mit ihr schied der Tag;
Es ruht so mancher Krieger
Bei stiller dunkler Nacht.

Wir stehen bereit zum Abmarsch zur Ablösung. Die Gewehre zusammen gefasst, harren wir der weiteren Befehle. Die letzten Tage waren anstrengend gewesen; jeden dritten Tag 24 Stunden im Schützengraben. Die Russen wollten nämlich durchbrechen. Viermal in einer Nacht haben sie gestürmt und waren unter schweren Verlusten abgewiesen worden. Die ganzen letzten Tage waren wir immer alarmbereit. Seit gestern abend befanden wir uns nach längerer Abwesenheit wieder in unserem „Dorle“, also in Sicherheit hinter der Front. Aber wer Soldat im Felde ist, wird wohl wissen, was „alarmbereit zur Reserve“ bedeutet. Zwei mal waren wir heute schon angetreten, konnten aber wieder in die Quartiere rücken.

So stehen wir also bei den Gewehren, rauchend (Liebesgaben) und schwabend umher. Wo mag es heute hingehen? fragen wir uns.

Ich schaue nach Westen. Plötzlich geht die Sonne unter. Ich denke an die Heimat, an so manche schöne Augenblicke, in denen ich dabei den Sonnenuntergang beobachtete. Was mögen wohl meine Lieben jetzt machen? Meine Gedanken weilen ganz zu Hause. Ich habe meinen lockenhaarigen Bubens auf dem Arm und zeige ihm, aus dem Eichenwald tretend, die untergehende Sonne — Kanonendonner, Mätiertendes, stärker werdendes Gewehrfeuer reißt mich aus meinen Träumen. Das wird wieder eine tolle Ablösung werden“, spricht ein Kamerad zu mir. Ich eine Zigarre an meiner brennenden anzündend. Ich wende mich um: die Sonne war verschwunden. „Ich dachte an zu Hause“, sagte

ich. „Ja, wenn die uns jetzt so sehen würden“, erwiderte er seufzend, seinen schweren Tornister abwerfend. Mein Blick streift einige Gräben. Die Sonne sank im Westen — — — Meine Mutter hat mir dieses Lied einst vorgesungen — und jetzt erlebe ich es als Tatsache. „Ob wir heute, diesmal wieder heil zurückkommen, August?“ fragte ich meinen Kameraden. „Ja, wer weiß?“ „Das letzte Mal, überhaupt bis jetzt ging's ja gut; aber die Inantern ja heute wieder wie verrückt.“ „Wir müssen und wollen zurückkommen.“ Ich werfe meine Zigarre fort und trete darauf.

Es ist dunkel geworden. „An die Gewehre! Gewehre umhängen! Ohne Tritt marsch!“ Also doch! Fast eine Stunde hatten wir gewartet. Viele glaubten schon, wir blieben im Dorle. Also wieder hinein in den Kampf, zum fünften Male, seit ich hier bin. Stolz und, rutschend geht's über hart gefrorenen Turzgräben. Ja, unsere vorletzten Unterhände, werden passiert. Einige Minuten halt. Blieben wir hier? fragen sich alle. Ich lege mich wieder auf die Erde. Andere folgen meinem Beispiel.

Weiter geht es bis zu den Kellereunterständen, ungefähr 2 Kilometer hinter unseren Gräben. Wieder eine kleine Pause. Hier ist schon so mancher verwundet worden. Wir haben also nun die Gefahrenzone betreten. Pisch — das erste Ding pfeift über unsere Köpfe und immer mehr laufen und pfeifen zwischen uns hindurch, an uns vorbei, aber uns hinweg. Einem wird die Schnapsflasche in der Klostische zerbrochen, einem anderen der Kopfschüter zerrissen, dem schlägt ein Geschöß an Gewehr, jenem prallt's am Schanzzeug ab. Vorsicht! wortlos schreiten wir wieder weiter über die hartgefrorenen Beder, über spiegelglattes Eis. Oft kommt es vor, daß einer ausrutscht. So geht es in der Kolonne bis an einen kleinen Steg, welcher einen flachen Bach überquert. Von hier aus geht's im Gänsemarsch, einer dicht hinter dem andern. Nicht weit ab, etwa 800 Meter, beginnt der Laufgraben. Und dennoch, hier ohne Ende kommt jedem dieser Teil des Geländes bis zum Laufgraben vor. Denn dies ist die gefährlichste Stelle. Immer zahlreicher laufen die von den Russen zu hoch gestellten Geschöße daher. Mein Herz pocht. Heiß jagt mir das Blut durch die Adern. Manchmal duche ich mich unwillkürlich, ist aber zwecklos. Denn, wenn man das Anfallen, Gausen und Rischen hört, ist's ja schon vorüber.

Die Reihe steht. Die Vorderen haben den Laufgraben erreicht und springen hinein. Sonst haben wir manchmal fünf

Minuten lang und länger fest gestanden. Heute klappt es besser. Schnell geht es nun vorwärts. Tolle Gedanken jagen durch mein Hirn, während ich über Eis, Erdschollen und Steine rutsche, springe, immer meinem Vordermann auf den Fersen. Wird ich heute wohl heil in den Graben kommen? Endlich bin auch ich im Laufgraben. Erleichtert, froh atme ich auf. Allen entringt sich fast ein Jubellaut. Aber noch ist Vorsicht geboten. Der Graben reicht nur einseitig bis zur ausgeworfenen Erde bis zur Brust, an manchen Stellen auch nur bis zur Hälfte. Hell werden wir durch die Leuchtflügel beleuchtet. Ein Hagel von Geschossen geht über uns hinweg. Noch einige Bindungen entlang, und wir sind im Schützengraben. Ermattet, schweißtriefend sink ich für Augenblicke in die Knie. Dann eilig weiter und Stellung besetzen.

„Ist die 4. Kompagnie ohne Verluste hereingekommen?“ So wird vom Führer ab Mann für Mann weiter gefragt. Froh läßt es vom Ende her zurück: „Ja, nur Einer hat schlapp gemacht; wurde zurückgeführt!“ Lachend sagt ein jeder: „Die vierte hat doch immer Schwein!“ Andere Kompagnien kommen nicht so davon: eine hatte 6 Verwundete und einen Toten, eine andere 8 Verwundete.

Wir bleiben nur bis zum Morgengrauen im Graben, ohne zu schlafen. Das Hinundhergehen war etwas besser. Ganz so toll wie am gestrigen Abend schossen die Russen nicht. Langsam, gleichgültig — wir sind müde, überanstrengt — klettern wir aus dem Graben und verlassen auf den beschriebenen Wegen die Stellungen. Während pfeifen die Geschöße an uns vorbei, ohne zu treffen.

In unseren neuen Stellungen, welche ich noch nicht selbst gesehen habe, da ich, wie Dir bekannt ist, krank bin, ist die ganze Sache noch schlimmer. Aufgeweichter Lehm Boden, mit Wasser gefüllte Laufgräben, aus denen tote Russentörper ragen, erschweren den Weg.

Das erste Mal waren meine armen Kameraden 72 Stunden ununterbrochen im Graben. Jetzt, da die Russen hier mit aller Gewalt versuchen durchzukommen, ist der Dienst 48 Stunden im Graben und 48 Stunden Ruhe.

Jeden Tag gibt es Verwundete. Gestern hatten wir einen Toten, ein guter Kerl, B. aus D.

Ruh Schlaf! Die Läufe heißen. Meine Frau soll neues Pulver schicken.

Zehn-Mark-Reichsbanknoten.

Eur dem Reichstage zugegangener Gesetzentwurf fordert die Ausgabe von Reichsbanknoten zu 10 M. bis zur Höhe von 120 Millionen Mark. Gleichzeitig soll die Reichsbank ermächtigt werden, Banknoten auf den Betrag von 10 M. auszugeben.

Wegen angeblich deutschfeindlicher Äußerungen verhaftet.

Wie die „Kreuz-Zeitung“ nach der „Straßburger Post“ mitteilt, wurden in der letzten Woche in Rülhausen sieben sozialdemokratische Gemeinderatsmitglieder, darunter der Landtagsabgeordnete Martin, verhaftet, weil sie an ihrem Stammtisch angeblich deutschfeindliche Äußerungen getan haben. — Eine Bestätigung dieser Nachricht haben wir noch nicht erhalten können.

Unzulässigkeit der Geldprämien.

Vielfach haben in der letzten Zeit Geschäfte oder Theater angekündigt, daß sie für jedes abgelieferte Goldstück eine Prämie gewähren. Die Reichsbank hat nun darauf aufmerksam gemacht, daß dies gegen die Bestimmungen des Bundesrats vom 23. November d. J. verstößt, wonach mit Strafe bedroht wird, wer ohne Genehmigung des Reichskanzlers es unternimmt, Reichsgoldmünzen zu einem ihrem Nennwert übersteigenden Preise zu verwerten, zu veräußern oder solche Geschäfte über sie zu vermitteln oder dazu auffordert oder sich anbietet. — Die fraglichen Firmen werden sich also künftig nur dadurch vor Strafe schützen können, daß sie die Genehmigung des Reichskanzlers erwirken.

Verurteilung eines englischen Kriegsgefangenen.

Das Gericht der Inspektion des mobilen Gardekorps der Station Spandau verurteilte am Donnerstag den englischen Kriegsgefangenen Eisenbahnarbeiter John Brandie aus London wegen Achtungsverletzung gegen Vorgesetzte im Dienst vor versammelter Mannschaft und im Felde und wegen Gehorhamsverweigerung in zwei Fällen zu drei Jahren drei Monaten Gefängnis. Der Vertreter der Anklage, der einen tätlichen Angriff als vorliegend annahm, hatte 10 Jahre 6 Monate Gefängnis beantragt. Der Gerichtshof ließ aber die Anklage wegen tätlichen Angriffs fallen.

Briefe ins feindliche Ausland.

Berlin, 11. März. (W. L. V.) Personen, die durch Vermittlung der Deutschen Gesandtschaften und Konsulate im neutralen Ausland Briefe nach dem feindlichen Ausland befördern lassen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß es sich empfiehlt, die Korrespondenz möglichst kurz zu fassen und mit dem Namen und der Adresse des Abenders zu versehen.

Deutsche Gefangene in Frankreich.

Die neuen Vorschriften des Ministerialerlasses über die Behandlung der deutschen Gefangenen in Frankreich lauten im einzelnen: Die Nahrung besteht aus 125 Gramm Fleisch und 700 Gramm Brot per Tag, Verbot der Versorgung mit Getränken in Kantinen, Einschränkung der Korrespondenz, Entziehung des Tabaks und der Wäsche, Verbot der ungehinderten Spaziergänge. Diese Vorschriften wurden den deutschen Gefangenen mit dem Hinweis bekannt gemacht, daß sie im Wege der Vergeltung für die angeblich gleiche Behandlung der französischen Gefangenen in Deutschland eingeführt würden. Ueber die Lage der deutschen Gefangenen auf der Insel Korsika, besonders in Casabianca, wären in der Öffentlichkeit mehrfach Angaben verbreitet worden, die Ungewißheit und Beunruhigung herbortrufen konnten. Durch Beauftragte einer neutralen Macht sind nunmehr die Gefangenenlager auf Korsika, namentlich auch das von Casabianca, besucht worden. Soweit dabei Mißstände festgestellt worden sind, wird die französische Regierung veranlaßt werden, alsbald gründliche Abhilfe zu schaffen.

Nationale Konzeption in Ungarn.

Der ungarische Unterrichtsminister hat die Erteilung des Religionsunterrichts in den Volks- und Wiederholungsschulen in der Muttersprache verfügt. Auch die Schulbuchfächer sollen magyarisch auch in der eventuellen anderen Unterrichtssprache erscheinen.

Aus der Partei.

Handbuch sozialdemokratischer Landesparteitage in Sachsen.

Die sächsische Parteiliteratur hat durch die Herausgabe eines neuen Werkes eine wertvolle Ergänzung durch das im Verlage des Landesvorstandes erscheinende von Karl Schrörs herausgegebene Handbuch erfahren. Das Werk enthält außer den Beschlüssen der Landesorganisation für die sächsische Partei eine Fülle wertvoller parteigeschichtlicher Angaben. In seiner Einleitung sagt der Verfasser: „Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei Sachsens liegt in den Beschlüssen der abgehaltenen Landesparteitage begründet. Wer in die Geschichte der Sozialdemokratie Sachsens eindringen, sich über ihre Bestrebungen unterrichten, ihre inneren Kämpfe und die aus ihnen resultierende Entwicklung der sächsischen Partei beurteilen lernen will, ist vor allem auf das Studium der sächsischen Landesparteitage angewiesen.“

Sämtliche Anträge und Beschlüsse der sächsischen Landeskonferenzen, deren erste im Jahre 1891 nach Fall des Sozialistengesetzes stattfand, sind im Handbuch mit den Entscheidungen der Landesversammlungen enthalten. Als Material und Unterlage dienen die vom Jahre 1890 an gedruckt herausgegebenen Protokolle, während für die Jahre 1891 bis 1894 die Berichte im „Wähler“ und von 1895 bis 1898 die in der „Leipziger Volkszeitung“ benutzten wurden, das Material herauszufallen.

Von besonderem Wert dürfte die politische Vertretung der Zweiten Kammer des Sächsischen Landtages, die politische Vertretung Sachsens im Reichstage von 1871 an, sowie Namen, Partei und Amtsdauer der Reichstagsabgeordneten der 25 sächsischen Wahlkreise sein, die im Anhang aufgeführt sind. Ein ausführliches Inhaltsverzeichnis, nach Stichworten angelegt, ermöglicht das schnelle Auffinden. — Kreisorganisationen erhalten das Werk zum Selbstkostenpreise. Bestellungen sind an den Landessekretär C. Uhlig, Dresden-N., Wettinerplatz 10, zu richten.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Welch ungeheuren Gewinne der Weltkrieg den intereffizierten Industrien in den Schoß wirft, davon geben die Dividenden einzelner Aktiengesellschaften ein Bild. Trotzdem die Einwirkungen des Krieges auf die Jahresergebnisse sich nur auf höchstens fünf Monate erstrecken, sind einzelne, früher notleidende Gesellschaften in der Lage, glänzende Ergebnisse zu veröffentlichen. Andere steigern ihre Gewinne um das Mehrfache. Die Rheinische Metallwarenfabrik Akt.-Ges., die vornehmlich Waffen fabriziert und seit einer Reihe von Jahren infolge der Krupp'schen Konkurrenz dividendenlos blieb, kann ihren Aktionären 10 Proz. Dividende in Aussicht

stellen. Die Akt.-Ges. Segall Fabrik für Strumpfwaren und Tricotagen, ebenfalls seit Jahren dividendenlos, erfreut die Aktionäre mit 10 Proz. Dividende bei reichlichen Abschreibungen. Die Berliner Dampfmaschinen Akt.-Ges. schüttet 8 Proz. aus gegen 0 Proz. im Vorjahre. Die Herrmannmühlen in Posen 18 Proz. gegen 9 Proz. im Vorjahre. In diesen Dividenden kommt aber nur ein Teil des wirklichen Verdienstes zum Ausdruck. Alle diese Unternehmungen haben sicher Rückstellungen, Auffüllung des Reservefonds und Vorträge auf neue Rechnung vorgenommen, die den Betrag, der für Dividenden ausgezahlt wird, um ein Bedeutendes übersteigen.

Ganz gewaltig müssen aber die Gewinne sein, die der Krieg der Ludwig Löwe u. Co. Akt.-Ges. brachte. Die Papiere der Gesellschaft zählen schon immer zu den sogenannten „schweren“. Bei überaus reichlichen Abschreibungen zahlte die Gesellschaft im Vorjahr 18 Proz. Dividende. In diesem Jahre schlägt der Aufsichtsrat eine Dividende von 30 Proz. vor. Daneben soll aber den Aktionären noch ein ganz besonderer Gewinn zufließen. Um dies Ziel zu erreichen, wird das Aktienkapital, das zurzeit 7 1/2 Millionen Mark beträgt, um 2 1/2 Millionen Mark auf 10 Millionen Mark erhöht. Die neuen Aktien sollen den Besitzern der alten Aktien zum Kurse von 107 Proz. angeboten werden. Außerdem sollen die neuen Aktien an der vollen Dividende des abgelaufenen Geschäftsjahres teilnehmen. In Wirklichkeit beträgt damit der Kaufpreis für die neuen Aktien nur 77 Proz. Der Kurs der alten Aktien ist zurzeit um ein Vielfaches höher als der Nennwert. Jeder Bezahler einer neuen Aktie erhält damit ein Geschenk von mehreren Tausenden Mark. Die Kapitalerhöhung verfolgt aber noch einen besonderen Zweck. Die Gesellschaft bedarf durchaus neuer Mittel. Sie schwimmt sozusagen im Golde. Die Erhöhung des Aktienkapitals dient lediglich dem Zwecke, das Kapital zu vergrößern, um die Dividende nicht ins Ungemessene steigen zu lassen. Durch die Erhöhung des Kapitals soll die Dividende unter Druck gehalten werden. In einer Begründung der Transaktion sagt die Gesellschaft u. a.: „Die hohe Dividende erzeuge Unzufriedenheit bei Abnehmern und Arbeitern.“

Angeht die Tatsache, daß die Notlage des Vaterlandes einem kleinen Bruchteile des Volkes zu ungeheuren Gewinnen verhilft, muß die Forderung der Besteuerung der Kriegsgewinne schnellstens Gesetz werden.

Vom Wirtschaftskrieg.

Petersburg, 11. März. (W. L. V.) Der Ministerrat hat sich für die Notwendigkeit ausgesprochen, die Aktiengesellschaften aufzulösen, die tatsächlich von feindlichen Untertanen oder von Gesellschaften, die ihren Sitz in einem mit Rußland kriegführenden Staate haben, geleitet werden, und deren Tätigkeit im Staatsinteresse schädlich oder gefährlich erscheint. Hierbei sollen die Gläubiger der genannten Gesellschaften in ihren Rechten nicht geschädigt und die Interessen der Aktionäre nach Möglichkeit gewahrt werden.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus der Schlichtungskommission für Militärbeleidigung.

Die Arbeitslöhne für Militärbeleidigung sind festgelegt sowohl durch die Bestimmungen des Kriegsbeleidigungsamts des Gardekorps als auch durch Vereinbarungen des Schneiderverbandes mit den Unternehmerorganisationen. Trotzdem kommen nicht selten Fälle vor, wo Arbeitern und Arbeiterinnen erheblich weniger gezahlt wird als ihnen nach den geltenden Bestimmungen und Vereinbarungen zusteht. Die für die Entscheidung von Lohnstreitigkeiten in der Militärbeleidigungsbranche zuständige Schlichtungskommission verhandelte gestern eine Reihe von Fällen, wo benachteiligte Arbeiter und Arbeiterinnen ihr Recht suchten.

Nicht immer ist es böser Wille der Arbeitgeber, wenn sie die bestehenden Bestimmungen hinsichtlich der Arbeitslöhne verletzen. Oft liegt es so, daß ein Schneidermeister Arbeit aus zweiter Hand erhält und vom Unternehmer nur den Lohn bekommt, der dem Arbeiter zusteht. Der Zwischenmeister hält es in solchen Fällen für sein unbestreitbares Recht, den von ihm beschäftigten Arbeitern weniger zu zahlen als er selbst bekommt. Das ist aber nicht zulässig, denn das Kriegsbeleidigungsamt verpflichtet alle Unternehmer, die es beschäftigt, daß sie von den Herstellungslöhnen, welche ihnen das Amt zahlt, 75 Proz. den Arbeitern gewähren und nur 25 Proz. als Geschäftsunkosten und Gewinn für sich behalten. Es hilft den Zwischenmeistern nichts, wenn sie sich darauf berufen, daß sie ja selber nicht mehr bekommen als sie dem Arbeiter zahlen sollen. Die Schlichtungskommission kann nicht anders, als derartige Arbeitgeber zur Zahlung des vollen tarifmäßigen Arbeitslohnes zu verurteilen und ihnen anheimgucken, den Unternehmer auf Gewährung eines Anteils an die ihm verbliebenen 25 Proz. zu verklagen.

Das Zwischenmeisterium soll ja eigentlich bei den Militärarbeiten gänzlich ausgeschlossen werden, aber es steht doch immer noch in alzu spügger Blüte. Ja, die Zwangsinnung der Schneider scheint nicht unzufällig daran zu sein, daß mancher Schneidermeister, der gern direkt Arbeit übernehmen möchte, solche nur aus zweiter Hand bekommen kann. Bekanntheit übernehmen die Innungen und Arbeitgeberverbände größere Kosten Militärarbeit, wobei angenommen wird, daß sie die Arbeit unter ihre Mitglieder ohne andere Rücksicht als auf die Leistungsfähigkeit verteilen. Die Zwangsinnung berückichtigt aber nicht alle ihre Mitglieder, sondern sie hat eine Werkgemeinschaft gegründet, deren Mitgliedschaft man durch Eingahlung eines Geschäftsanteils von 200 M. erwerben kann. Da nur die Werkgemeinschaftsmitglieder an den Militärarbeiten beteiligt werden, so geht ein großer Teil der kleinen Schneidermeister leer aus; denn viele sind nicht in der Lage, 200 M. für einen Geschäftsanteilsanteil aufzubringen. Ein Schneidermeister, der gestern als Beklagter vor der Schlichtungskommission zu erscheinen hatte, behauptete übrigens, selbst die zahlungsfähigen Meister würden nicht ohne weiteres in die Werkgemeinschaft aufgenommen. Er habe die Mitgliedschaft erwerben wollen, er sei auch in der Lage, den Anteil sofort zu zahlen; aber Herr F o r d a n, der sowohl dem Innungsvorstande als auch dem Werkgemeinschaftsvorstande angehöre, habe auf das Ersuchen um Aufnahme geantwortet, es liege sich vielleicht machen, daß der Betreffende aufgenommen werde, wenn er die Arbeiten 10 Proz. unter den vom Beleidigungsamt festgesetzten Löhnen liefern wolle.

Diese Angabe erregte in der Schlichtungskommission allgemeines Aufsehen; denn es ist unter keinen Umständen statthaft, daß eine Stelle, welche lediglich die Verteilung der Arbeiten zu betreiben hat, dem, der die Arbeit ausführt, nicht den vollen Lohn zukommen läßt. Dem Schneidermeister, der die Angaben machte, blieb nichts übrig, als Arbeit aus zweiter Hand zu dem für die Arbeiter festgesetzten Lohn zu übernehmen, wodurch er dann mit dem von ihm beschäftigten Arbeiter, dem er zu wenig zahlte, in Differenzen geriet.

Manchmal sind es recht erhebliche Summen, die den Arbeitern von den ihnen zustehenden Löhnen vorenthalten werden, und zwar in solchen Fällen, wo der Arbeitgeber den vollen Lohn erhält und auch weiß, daß er davon 75 Proz. an die Arbeiter zu zahlen hat. Doch, da oft eine Reihe von Teilarbeitern an ein und demselben Stück beschäftigt werden, teils in Zeitlehn, teils in Akkord, so ist es dem einzelnen Arbeiter nicht immer möglich, festzustellen, wieviel ihm zukommt. Geschäftsgewandte Arbeitgeber machen sich das zunutze, um die Einzellohnsätze so zu normieren, daß ihnen durch tarifrwidriges Abknapsen am Arbeitslohn ein hübscher Ertragsgewinn in die Tasche fließt. — In einem Falle klagten neun Arbeiter und

Arbeiterinnen gegen den Schneidermeister B o s h auf Zahlung von insgesamt 1143 M., die sie weniger erhalten hatten, als ihnen bestimmungsgemäß zusteht. Die redegewandte Frau des Beklagten behauptete zwar, die Kläger hätten den ihnen zustehenden Lohn unverfügt erhalten, jedoch konnte das nicht sofort nachgewiesen werden. Die von Frau B o s h vorgelegte Berechnung der einzelnen Teilarbeiten soll erst von Sachverständigen geprüft werden, ehe die Schlichtungskommission eine Entscheidung fällt.

Den meisten Arbeitgebern will es gar nicht in den Kopf, daß sie zur Zahlung bestimmter Löhne verpflichtet sind. Sie glauben, es könne ihnen nicht verwehrt werden, sich zunächst einen bestimmten Gewinnanteil zu sichern und die Arbeiter mit dem Rest abzuspeisen. Es kostet oft viel Mühe, solchen Arbeitgebern klar zu machen, daß sie so nicht wirtschaften dürfen, sondern unter allen Umständen verpflichtet sind, die festgesetzten Arbeitslöhne zu zahlen und, falls sie als Zwischenmeister von ihrem Unternehmer zu wenig bekommen, sich an diesen zu halten.

Deutsches Reich.

Von den Buchdrucker-Verbandsmitgliedern, deren Zahl am Schluß des 2. Quartals 1914 70 452 betrug, waren am 30. Januar 22 700 oder beinahe der dritte Teil zu den Fahnen einberufen. Die Hälfte der Einberufenen ist verheiratet. Von den 46 078 Nicht-einberufenen waren 3973 arbeitslos, beinahe ebenso viele, nämlich 3725, waren zu anderen Berufen übergegangen, 5644 arbeiteten bei verkürzter Arbeitszeit, 800 waren krank und nur 32 888 — also noch nicht die Hälfte des Gesamtmitgliederbestandes — waren vollbeschäftigt. Obgleich zweifellos auch im Buchdruckgewerbe eine bessere Beschäftigung eingetreten ist, kann man wohl sagen, daß diese 50 Proz. der normalen Winterbeschäftigung nur wenig übersteigt. Das Bild erhält nur äußerlich ein anderes Gesicht durch die vielen Einberufungen. Trotzdem klagt die Prinzipalität über einen Mangel an Spezialarbeitern. Während aber ein Hilferuf des Tarifamtes an den in andere Berufe (wohlfest meist zur Kriegsarbeit) übergegangenen Buchdruckern ohne Wirkung vorüberging, weil diese ihre augenblicklich lohnende Arbeit nicht gern aufgeben möchten ohne Garantie dafür, daß sie nicht, wie bei Kriegsbeginn, unzulässig wieder entlassen werden, haben sich zur Ausbildung an der Schmalzmaschine so viel Handwerker gemeldet, daß der Bedarf an solchen mehr als gedeckt erscheint. Die Gehilfen haben hierbei und bei dem Uebergang in andere Berufe eine größere Anpassung an die Kriegsverhältnisse gezeigt als die Prinzipale. In einigen Betrieben wenigstens hätte man dem Mangel an Maschinenführern sehr wohl durch vermehrte Beschäftigung von Handwerkern begegnen können, die überreichlich vorhanden sind. Ein leerstehender Platz im Handwerkerlager verursacht aber den Buchdruckprinzipalen erheblich weniger Kopfschmerzen als eine stillstehende Schmalzmaschine. Der Verband hat vom 3. August bis 30. Januar an Arbeitslosenunterstützung nicht weniger als 2 383 145 M., in allen Unterstützungsgruppen bei nahe drei Millionen Mark ausgezahlt.

Anpassung.

Von 92 124 Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes, die in der 30. Kriegswache Arbeit hatten, arbeiteten nicht weniger als 20 383 in fremden Berufen.

Soziales.

Kein Tag ohne Gehaltsminderungsprozeß.

Die Klagen von Angestellten, die nach der Gehaltsherabsetzung ihre Kündigung erhielten, beschäftigen in einer vorher nie geahnten Weise das Berliner Kaufmannsgericht. Kein Tag vergeht, ohne daß nicht sämtliche tagenden Kammern diese unleidlichen Prozesse zu verhandeln hätten. In der letzten Sitzung der 3. Kammer kamen allein fünf solcher Klagen zur Verhandlung. Der Tatbestand ist fast überall der gleiche. Eine bindende mündliche oder schriftliche Zusage, daß das Personal als Gegenwert für die Gehaltsminderung bis über den Krieg durchgehalten werden soll, ist zwar meist nicht erfolgt, doch beteuern die betroffenen Angestellten übereinstimmend, daß sie aus den Äußerungen der Vorgesetzten und aus den ganzen Nebenumständen den Glauben und die volle Zuversicht schöpfen mußten, sie würden als Gegenwert für die Gehaltseinbuße über die Kriegszeit hinaus gehalten werden.

Aus der Reihe der gestern verhandelten Prozesse ragte wegen seiner sozialen Härte der Fall einer Verkäuferin G. ganz besonders hoch hervor. Die Verkäuferin war zehn Jahre bei der Konfektionsfirma D. Levin in Stellung gewesen und hatte es im Laufe der Jahre auf ein Gehalt von 165 M. gebracht. Nach Kriegsausbruch war sie im Vertrauen auf eine weitere feste Stellung mit der sehr erheblichen Gehaltsüberabsetzung von 90 M. einverstanden. Ihr Vertrauen wurde noch durch die Form des neuen Vertrages verstärkt, in welchem es hieß: „Art. V. ist mit der Gehaltsüberabsetzung von . . . M. einverstanden. Spätestens einen Monat nach Beendigung des Krieges tritt wieder das alte Gehalt in Kraft. Im übrigen gelten die alten Vertragsbestimmungen.“ Als sich das Geschäft belebte, erhielt die Klägerin zwar noch und nach wieder Zulage, dafür wurde ihr aber die Stellung zum 1. Januar d. J. gekündigt. Wie der Vertreter der Klägerin ausführte, traf diese die Kündigung besonders hart, da sie von ihrem Verdienst auch noch eine alte, kranke Mutter zu ernähren hat. Als Grund der Kündigung vermochte die Beklagte nur anzugeben, daß man für Art. V. keine Verwendung mehr hatte, da das Geschäft nach Kanada, für das sie hauptsächlich engagiert war, daniederlag.

Von den geforderten 200 M. Gehaltsdifferenz sprach das Kaufmannsgericht der Klägerin nur 150 M. zu. Für die Kündigungszeit könne Klägerin allerdings das volle Gehalt beanspruchen, für die zurückliegende Zeit indes leider nicht. Leider, denn diese Aberkennung verletzt offensichtlich das Gesetz, und zwar sowohl die allgemeinen Auslegungsregeln (§ 133 B.G.B.) wie § 2 des Lohnbefehlsnahmengesetzes. Es ist bedauerlich, daß eine Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts im Gegensatz zu anderen Gerichten zu einem solchen Urteil kommen konnte.

Auslegung des Angestelltenversicherungsgesetzes.

Zur Frage der Auslegung der Angestelltenversicherung liegen eine Reihe von bemerkenswerten Entscheidungen des Rentenausschusses Berlin vor. Derartige Entscheidungen sind im steigenden Maße notwendig, weil das Gesetz den Begriff des Angestellten nicht näher bestimmt hat.

Ein Schriftfeger, der die Adressenabteilung leitet und Korrekturen liest und nur im Notfalle zum Sehen herangezogen wird, wurde für versicherungspflichtig erklärt. Ebenso soll die **Angestellte eines Kaufmanns** als Handlungsgehilfin versicherungspflichtig sein, deren tägliche Arbeitszeit überwiegend mit der Aufnahme von Stenogrammen, dem Ausschreiben von Fakturen nach Auftragszetteln und dem registrierfähigen Erden von Akten und Ablegen von Briefen ausgefüllt wird. Es ändert daran nichts, daß sie daneben auch den Fernsprecher zu bedienen und Briefe zu kopieren hat. Ebenso ist ein **Schlachthausaufseher** als Betriebsbeamter oder Angestellter in gehobener Stellung versicherungspflichtig, der den Schlachtern die Plätze zum Aufhängen der Tiere in den Schlachthallen anzuweisen, den ordnungsmäßigen Verkehr in den Schlachthallen zu beaufsichtigen und zu widerstandlungen dem Schlachthausdirektor zu melden und zugleich als Wäger die Waagscheine auszufüllen hat. Auch ein **Appreturmeister** ist als Wertmeister oder doch als Angestellter in gehobener Stellung versicherungspflichtig, wenn ihm ein Kontrollrecht über die Tätigkeit der ihm unterstellten 30—40 Arbeiter sowie ein Anordnungsrecht bezüglich der Ausführung der Arbeiten zusteht. Seine Versicherungspflicht wird dadurch nicht beeinträchtigt, daß er selbst körperlich mitarbeitet, wo es nottut.

Stadtverordnetenversammlung.

7. Sitzung vom Donnerstag, den 11. März 1915, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Michaelis eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Vor der Sitzung haben die 5 Abteilungen den Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage wegen Verstaatlichung der Berliner Elektrizitätswerke gewählt; die sozialdemokratische Fraktion ist in dem Ausschuss durch Bruns, Heimann, Leid, Sassenbach, Baur vertreten.

Die Sitzung der Berliner Kriegsbeihilfungs-Kasse für nachteilige Hypotheken u. G. soll dem hervorgetretenen Bedürfnis entsprechend abgeändert werden. Es haben nicht die Besitzer zweiter Hypotheken, sondern Hauseigentümer vorwiegend die Kasse in Anspruch genommen, und die Gewährung von 10 Proz. des Beihilfungsbedarfs der Hypothek, die die Ausnahme bilden sollte, während in der Regel 5 Proz. nicht übersteigen werden sollen, ist zur Regel geworden. Die neue Fassung des § 2 besagt nunmehr, daß in der Regel 10 Proz. Kredit gewährt werden soll, ein Kredit darüber hinaus oder ein Kredit von mehr als 10 000 (bisher 5000) M. der Genehmigung des Aufsichtsrats bedarf. In § 12 wird eine vereinfachte Einrichtung der Kreditausschüsse vorgeschlagen.

Die Versammlung tritt den Magistratsbeschlüssen ohne Debatte bei.

Die Beratung der Vorlage über die Befreiung des

Städthaushaltsetats für 1915

wird eingeleitet durch den

Kämmerer Böh: Dem Etat für 1915 ist durch den Krieg der Stempel aufgedrückt. Wir sind sonst an steigende Etatsziffern gewöhnt; diesmal ergibt sich gegen den laufenden Etat ein Gesamtminderungs von 50 Millionen Mark. Einmütig sind die Einzelverwaltungen bemüht gewesen, durch kluge Sparsamkeit am rechten Orte den Etat auf eine solide und gesunde Grundlage stellen zu helfen. Hätten wir nicht mit verminderten Einnahmen bei den Werken, den Steuern und der Kapital- und Schuldenverwaltung zu rechnen, so wären wir auch vielleicht mit dem bisherigen Einkommensteuereinzugs auskommen. Die eigentlichen Kriegsausgaben, wozu neben diesen anderen in unmittelbarer Beziehung zum Kriege stehenden Aufwendungen die Zuschüsse der Stadt zur Reichsunterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer, die Arbeitslosenunterstützung und die Mietbeihilfen gehören, stehen nach den Gemeindefinanzverhältnissen außerhalb des Etats, bis sie sich genau überschreiben lassen; dann wird für sie in einer besonderen Kriegsleihe Deckung zu beschaffen sein. Wünschenswert ist natürlich die möglichst rasche Heberwindung der nachteiligen wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges; ebenso notwendig aber auch eine gerechte Verteilung der geldlichen Lasten auf Gegenwart und Zukunft. Die Ergebnisse des gegenwärtigen Ringens kommen ja wahrscheinlich weit mehr dem zukünftigen, vielleicht auch wohlhabenderen Geschlecht zugute; immerhin muß auch die Gegenwart übernehmen, was billig von ihr getragen werden kann. Der Anleihebedarf für die Zeit nach dem Kriege wird also tunlichst einzuschränken sein. Von der Anleihe von 1912 sind 100 Millionen noch nicht verfließt; aus patriotischen Gründen dürfen wir den übrigens nutzlosen Versuch nicht machen, mit den Reichskriegsanleihen in Wettbewerb zu treten. Die Leistungsfähigkeit des deutschen Geldmarktes hat ja das peinliche Erstaunen der Feinde und die Bewunderung der Neutralen hervorgerufen. Der deutsche Geldmarkt wird auch nach dem Kriege imstande sein, aus eigener Kraft die Belegung der Anleihen ohne allzu große Belastung der Schuldner durchzuführen. Den aktiven und passiven Leistungen der Kommunen im Kriege werden Reich und Staat nicht nur anerkennende Worte widmen, sondern sie werden auch im eigenen Interesse mithelfen, den Kommunen ihre Lage zu erleichtern; die erste Gelegenheit dazu wird demnach die Verteilung der Erstattungen seitens des Reichs für die Kriegsbeihilfen sein. Zu Beginn des so überaus schmerzhaften Krieges befürchteten viele einen wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands; daher die vielen Hilfsmaßnahmen, die nachher sämtlich nicht in dem vermehnten Maße in Anspruch genommen worden sind. Berlin brauchte seinen Kredit in den letzten acht Monaten nur in geringem Umfange anzufordern. Obwohl wir wahrlich hohe Aufwendungen gerade zu Beginn des Krieges zu machen hatten und die Sparkassen in den ersten drei Monaten 25 Millionen ausgaben und 30 Millionen Kriegsleihe zeichnen, hat unsere schwebende Schuld nur den verhältnismäßig geringen Betrag von 75 Millionen erreicht, denen u. a. große Vorräte an Lebensmitteln aller Art gegenüberstehen. Die Ausgaben gehen leidlich gut ein; die Hypothekenzinsen fast wie in Friedenszeiten. Wir haben Ausfälle besonders bei den Werken, die aber relativ nicht allzu schwer wiegen. Auch die Mehrausgaben, wie beim Armenetat, sind nicht unbedeutend; desgleichen haben unsere Vermählungen, der Arbeitslosigkeit vorzubeugen, beträchtliche Ausgaben zur Folge gehabt. Die deutschen Sparkassen leisten dem Reich jetzt als Sammelstellen für die Kriegsleihebegleiter unschätzbare Dienste. Die Berliner Sparkasse darf stolz darauf sein, daß sie den Zeichnern ihre Räume weit geöffnet hat und für die beiden Kriegsleihen 60 Millionen gezeichnet hat. (Beifall.) Auch weiter wird die Sparkasse nicht versagen. Die Balance des Etats bot Schwierigkeiten durch den Rückgang der Einnahmen aus den Werken um rund 2 1/2 Millionen Mark und durch den Rückgang des Rechnungsergebnisses aus 1913 um 11 Millionen; der Ausgleich wurde möglich durch weitere Einschränkung der laufenden Ausgaben bei der Post, Tiefbau, Kranken- und Irrenhausverwaltung sowie durch vorübergehende Zurückdrängung des Extraordinariums und durch die Nebeneinnahme aus den Berliner Elektrizitätswerken von 5 1/2 Millionen, welche Einnahme sehr vorsichtig geschätzt ist. Staat und Reich haben in ihren Etats von neuen Steuern Abstand nehmen können; so ist den Kommunen möglich gewesen, durch eine mäßige Steuererhöhung frühzeitig den allzu nachteiligen Wirkungen des Krieges auf ihre Finanzen vorzubeugen. Wir haben bisher mit ständig steigenden Ueberschüssen der Steueretats rechnen können; für 1915 müssen wir mit einem Minus von durchschnittlich 7 Proz. rechnen, wobei wir auch vorsichtig verfahren zu haben glauben, denn die Regierung rechnet mit einem Minus an der Staats-einkommensteuer von 10 Proz. Die Jahre 1916 und 1917 werden unter den Wirkungen des Krieges noch mehr als 1915 in ihren Steuererträgen zu leiden haben. Als Gegengewicht haben wir für alle Fälle zahlreiche Posten im Etat vorgesehen, die eine feste Stütze der Gesamtlage bilden. Sodann können wir den allgemeinen Verwaltungsaufwand noch weiter einschränken, und ich bitte Sie, bei diesem Sparen am rechten Orte im Rahmen der Selbstverwaltung mitzuwirken. — Der Gesamteindruck des Etats für 1915 ist der: eine nachdrückliche Grundlegung des Vertrauens zu unserem Heere wie zur wirtschaftlichen Kraft der Stadt Berlin, deren letzte Reserven noch nicht ins Feld geführt sind. Auch die Stadt Berlin wird durchhalten können! (Beifälliger Beifall.)

Der Vorsitzende teilt mit, daß der Oberbürgermeister Vermuth aus dringender Veranlassung nach dem Herrenhause berufen ist und der ersten Beratung des Etats zu seinem großen Bedauern nicht betheiligen kann.

Um 6 Uhr schreitet die Versammlung zur

Wahl eines Stadtschulrats

an Stelle des verstorbenen Michaelis. Nach einer Mitteilung des Vorsitzenden hat Direktor Dr. Reilmann seine Bewerbung zurückgezogen. Gewählt wird mit 91 von 92 gültigen Stimmen Direktor Reilmann von der städtischen Margaretenschule; eine Stimme fällt auf Direktor Dr. Kerschmeiner, 29 Zettel sind unbeschriftet.

Darauf wird die Generaldiskussion über den

Stadth. Heimann (Soz.): Durch den Krieg sind wie alle menschlichen Angelegenheiten so auch alle Angelegenheiten dieser Stadt in schwerste Nöthenshaft gezogen. Wenn wir mit Ihnen der festen Zuversicht sind, daß Deutschland siegreich bleiben und ungeschwächt aus diesem furchtbaren Ringen hervorgehen wird, so werden wir doch für die kommenden Jahre kaum Besseres und Wichtigeres zu tun haben, als nach besten Kräften die Wunden zu lindern und zu heilen, die dieser Krieg der Bürgerschaft geschlagen hat. Dieser Krieg war und ist die Probe auf das Exempel, ob die deutschen Gemeinden gesund und entwicklungsfähig sind; diese Belastungsprobe war für sie um so schwerer, als die Staatsgewalt sich fast nur um die militärischen Bedürfnisse sorgte und die Zivilverwaltung in den ersten Monaten in Unthätigkeit verharrete und was zu tun war den Gemeinden aufschob. Die Gemeinden haben alles aufgebietet, diesen neuen Aufgaben gerecht zu werden, und wenn auch unsere Gemeinde sich dabei besonders bemüht hat, so ist das ihr eigenes Verdienst und nicht etwa das Resultat einer besonders pfleglichen Behandlung ihrer Interessen durch die Staatsgewalt. Wenn in bezug auf diesen Krieg so oft gesagt wird, daß diese oder jene Klasse der Gesellschaft umlernen müsse, und wenn dabei besonders auf meine Partei angespielt wird, so möchte ich im Gegenteile meinen, daß niemand in Deutschland mehr Anlaß hätte um zu lernen als die, die uns bisher bekämpft haben und innerhalb derselben die Regierungskreise. Ob es geschehen wird, wird die Zukunft erweisen; wir werden die Entwicklung in Ruhe abwarten. Unsere Partei hat durch ihre politische und gemeinschaftliche Organisation und deren Taten bewiesen, daß das Mißtrauen gegen sie durchaus unberechtigt gewesen ist, das Mißtrauen, von welchem die ganze Regierungspolitik gegen die Sozialdemokratie diktiert wurde. — Im Rahmen der städtischen Verwaltungen haben auch wir uns den Zeitläuften anzupassen bemüht. Das ist uns ganz besonders schwer geworden bezüglich der Lohnsätze der städtischen Arbeiter, die vielfach sogar hinter denen der Vororte erheblich zurückstehen. Berlin wird sich nicht der Pflicht entziehen können, seine Lohnsätze einer Revision zu unterziehen, wenn wir wieder geregelte Verhältnisse haben; heute stellen wir solche Anträge nicht. (Beifall.) Dagegen ist es durchaus nötig, daß gewisse Arbeiterkategorien Teuerungszulagen aus den Dispositionsfonds erhalten (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten); bei dem sprunghaften Ansteigen der Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse ist das unumgänglich. Nach dem Ernährungsplan des Kaiserlichen Gesundheitsamtes von 1908 kamen damals täglich 60 Pf. auf den Kopf; heute würde dieser Betrag 1,03 M. sein. Sehen Sie sich das Budget eines städtischen Arbeiters an, und Sie werden zugeben müssen, daß er heute außerstande ist, die beiden Enden zusammenzubekommen. Das gleiche trifft für die Verpflegungssätze in allen unseren städtischen Anstalten zu. Diese Sätze sind berechnet nach einem Lebensmittelpreis, der gegenüber den heutigen Verhältnissen mindestens um 20 Proz. in den Preisen zurücksteht. Wir sehen auch hier davon ab, anzuregen, daß neue Verpflegungssätze berechnet und eingestellt werden; schon weil bei dem beständigen Dinaufgehen der Preise die neuen Sätze alsbald auch nicht mehr genügen werden; aber der Magistrat muß durch generelle Anweisungen an die Verwaltungen der Anstalten dafür sorgen, daß deren Ansätze und Angelegte erhalten, was ihnen gebührt. In gleicher Weise müßte eine Anweisung an die Armenkommissionen bezüglich der Almosen und Ergänzungsleistungen ergehen. Für diese unbefriedigenden Zustände auf dem Lebensmittelpreis haben sich die Gemeinden in erster Linie bei den Staatsbehörden zu bekümmern, welche die Interessen der großen Masse der Konsumenten nicht genügend wahr genommen haben. Auf dem Kartoffelmarkt ist die Lage besonders unbefriedigend. Bei der Bedeutung der Kartoffel für die heutige Volksernährung ist es Pflicht der Gemeinde, dafür zu sorgen, daß Kartoffeln zu erschwinglichen Preisen für die Bevölkerung erhältlich sind; sie muß die Staatsbehörden immer wieder auf diese Forderung hinweisen. — Die städtischen Grundbesitzer, denen voran die Berliner, haben in ihrem materiellen Interesse eine öffentliche Agitation entfaltet, die man gerade in diesen Zeiten nicht für möglich halten sollte. Nicht zufrieden damit, daß die Gemeinden durch Uebernahme gewisser Mietlasten direkte Aufwendungen auch zu ihren Gunsten machen, haben sie Forderungen aufgestellt, deren Erfüllung die städtischen Finanzen gänzlich deroutieren müßte, Forderungen, die absolut ins Uferlose gehen. Wir geben zu, daß die Grundbesitzer zurzeit nicht auf Rosen gebettet sind — das teilen sie aber mit der übergroßen Mehrzahl aller Volksgenossen, mit Ausnahme der Militärlieferanten und der Lebensmittelpulanten! Wir verlangen auch unsererseits eine Erhöhung der Mietbeihilfen, aber was die Grundbesitzer verlangen, ist etwas ganz anderes. Der „Bund der Berliner Grundbesitzervereine“ hat eine Entschließung angenommen, nach der die nötigen Mittel bereitgestellt werden sollen, um für eine kraftvolle Berliner Gesamtorganisation zu sorgen, welche für die Zukunft allen ihren Standesinteressen gerecht werden kann; der „Bund“ nimmt also die Mittel der Hausbesitzer in Anspruch, um eine solche allgemeine Kampforganisation zu gründen, die aus den Mitteln der Allgemeinheit noch mehr für die Grundbesitzer herausheben soll. Die freien Gewerkschaften dagegen haben in den ersten 6 Monaten des Krieges 17 Millionen Mark Unterstützung an Arbeitslose, über 6 Millionen an die Familien der Kriegsteilnehmer, zusammen rund 24 Millionen Mark (hörl! hörl!) gezahlt. In Berlin hat die Gewerkschaftskommission für Unterstützungszwecke viele Millionen ausgegeben, um die sonst der Armenetat in die Höhe geschmettelt wäre. Die Armen also haben die Allgemeinheit entlastet, die Grundbesitzer aber benutzen ihre Mittel, um eine neue Kampforganisation gegen die Interessen der Allgemeinheit zu gründen! Und jedenfalls stehen wir erst am Anfang dieser Agitation, deren Forderungen der Magistrat hoffentlich aufs energischste entgegenzutreten wird. — Den schönen, aber auch schweren Aufgaben der Kriegsfürsorge hat nun bei uns, wie in anderen Gemeinden alles andere untergeordnet werden müssen; ich freue mich, anerkennen zu können, daß Berlin auf diesem Gebiet an der Spitze marschirt. (Beifall.) Leider haben wir uns in der Annahme, daß die Durchführung der hier einstimmig beschlossenen Kriegsfürsorgemaßnahmen auch vom gleichen Geiste getragen werden würde, wie die Beschlüsse selbst, getäuscht. Die anfängliche begeisterte Euphorie ist bald verblaßt, in der Praxis sind bürokratische Engerbigkeit zu überwiegen an. (Zustimmung und Widerspruch.) Auch genügt die wohlwollende Durchführung der Grundsätze allein nicht; es wird sich eine Revision im Sinne der Erhöhung der Unterstützungssätze nicht umgehen lassen. Im Reichstag werden sich unsere Freunde in dieser Richtung mit aller Kraft bemühen, und die Gemeinde würde dann sozusagen automatisch zu folgen haben. Gleichzeitig wird aber dahin zu wirken sein, daß das Reich den Gemeinden auch für die neuen Leistungen vollen Ersatz leistet. Wenn die Zivilbehörden nur zögernd und taufend sich der Aufgaben angenommen haben, die ihnen unsererseits längst eindringlich nahegelegt waren, so könnte man fast zu der Annahme gelangen, daß diese Stellen der Sozialdemokratie nicht die Genugthuung gönnten, die sie für die Einführung dieser Maßnahmen liegt. Denn wenn es sich auch in keinem Falle um sozialistische Maßnahmen handelt, so doch um solche, gegen die man sich früher mit Händen und Füßen gesträubt hätte. Wenn wenigstens Tagen ist die Arbeitslosenunterstützung, die Brotverteilung an die Konsumenten usw. durchgeführt worden; wer das vor dem August 1914 vorausgesehen hätte, wäre ausgelacht worden, wie wir früher ausgelacht worden sind. (Zustimmung und Unruhe.) An der Durchführung dieser Kriegsfürsorge haben sich in Berlin und den Vororten viele Mitglieder der Bürgerschaft beteiligt, die bisher jeder kommunalen Tätigkeit fernstanden. Ihnen allen ist der Widerspruch zum Bewußtsein gekommen, der in der kommunalen Zersplitterung von Groß-Berlin liegt, dem nur durch die Eingemeindung abgeholfen werden kann. In dem Wirken der Kommunalverwaltung Groß-Berlins kennt sich niemand mehr aus. Nach dem Kriege wird sich ja zeigen, ob die Vo-

gierung hier entgegenkommen oder lieber weiter einzelne Vororte hinführen lassen wird, bloß weil sie Berlin nicht den kleinsten Zuwachs gönnt. Der Zweckverband mit seiner fehlerhaften Struktur führt aus diesem Wirken nicht heraus; die Regierung scheint übrigens, nachdem die fiskalischen Wälder zu geradegu hörenden Preisen erworben worden sind, jedes Interesse an dem Zweckverband verloren zu haben — der Noth kann gehen. Die erste Rate Berlins von 3 Millionen Mark für die Wälder ist am 1. April fällig. Ich möchte anregen, diese Zahlung unter den heutigen Umständen nicht zu leisten, finde aber den Posten im Etat nicht, so daß wohl der Kammerer schon allein auf diesen vernünftigen Gedanken gekommen ist. (Große Beifälligkeit.) — Wenn auch alle Zugubauten in Staat und Stadt durch den Krieg zunächst beiseite geschoben sind, so ist doch die Unterhaltung der Leipziger Straße durch eine Schnellbahn ein so dringendes Bedürfnis, daß der Magistrat nicht veräumen sollte, um eine angemessene Verlängerung der ihm vom Arbeitsminister für einen bezüglichen Antrag gestellten Frist über den 1. Juli 1916 hinaus nachzudenken. Zu der Kriegsfürsorge gehört auch eine sorgfältige vorbeugende Gesundheitspflege; die ist in diesem fürchterlichen Kriege um so mehr vonnöten, als für unsere Feinde im Osten dieses Wort nur ein leerer Begriff ist. Für die neue junge Kraft, die an der Spitze unseres städtischen Medizinalwesens gestellt war, bot sich hier ein ungemein reiches Betätigungsfeld. Wer aber beschreibt unser Erstaunen, als wir erfuhren, daß er als Chirurg einem Stappenlazarett vorsteht, und wer unsere Entrüstung, daß er, vom Oberbürgermeister reklamiert und von der Militärbehörde freigegeben, es abgelehnt hat, hierher zurückzukehren! (Auf: Ungehört! Große Bewegung.) Der Stadtmedizinalrat Geheimrat Weber ist nicht anwesend; und daher können wir jetzt nicht mehr darüber sagen; wir behalten uns vor, ihm von Angehörigen zu Angehörigen zu sagen, wie wir über sein Verhalten denken, sofern er nicht überhaupt die Absicht hat, sein städtisches Amt aufzugeben; soweit ich die Stimmung hier kenne, werden einer solchen Absicht durch die Versammlung Schwierigkeiten nicht bereitet werden. (Sehr gut!) — Die Erhöhung des Einkommensteuereinzugs auf 15 Proz. ist nicht durch die unmittelbaren, sondern schon durch die mittelbaren Wirkungen des Krieges veranlaßt. Der Versuch der Versammlung, diese Sätze herunterzudrücken, wird diesmal vergeblich sein. In früheren Jahren hat auch Herr Cassel wiederholt ausgedrückt, die 100 Proz. seien für ihn kein Dogma. Für uns in das Uebersteigen dieses Satzes auch kein Dogma; auch für uns ist es ein außerordentlich schwerer Entschluß, den von uns vertretenen unbemittelten Volksklassen neue Auflagen zu machen. Der Sprung von 100 auf 125 Proz. ist auch für uns ein wenig erfreulicher, um so mehr, als er nur den Anfang dessen darstellt, den wir dürfte, was uns die Zukunft bringen wird. — Außerordentlich unerfreulich erscheint uns, daß im Etat für Gemeindefschulen keine neuen Bauten eingestellt sind; auch hier wollen wir keine Anträge stellen, doch erwarten wir vom Magistrat unbedingt, daß er die in der Presse gegebene Zusage hält, durch Genehmigung neuer Bauten eventuell einer Steigerung der Arbeitslosigkeit zu steuern. — Die „Große Berliner Straßenbahn“ hat ihren Betrieb sehr erheblich eingeschränkt zu wollen angekündigt. Bei der zuständigen Kommunalinstanz hat sie mit Frist von wenigen Tagen die Genehmigung nachgesucht, aber gleichzeitig kühl erklärt, sie würde die Einschränkung auch ohne diese Genehmigung vorzunehmen. (Hörl! hörl! Auf: Ungehört!) Sie will 20 Linien ganz eingehen lassen, 62 und im Durchschnitt alle 20 Minuten fahren lassen und nur 50 unbedändert beibehalten. Erfreulicherweise ist von dem Verbandsauschuß dagegen entschieden Front gemacht worden, aber die Öffentlichkeit hat alle Ursache, scharf aufzupassen, daß die „Große“ nicht doch gegen den Zweckverband mit Hilfe der staatlichen Aufsichtsinstanzen ihren Willen durchsetzt. (Lebhaftes Zustimmung.) Man kann überdies von solchen Monopolschaften verlangen, daß sie ihren Betrieb nicht auf ihre eigenen Interessen einstellen, sondern auch die öffentlichen Interessen wahren. Darum haben wir uns ja immer wieder der Uebertragung solcher Betriebe an private Unternehmer widersetzt, denn bei diesen findet das öffentliche Interesse nur Befriedigung, soweit es mit ihrem eigenen Interesse übereinstimmt. Gewiß befindet sich die Gesellschaft durch Eingehung eines Teiles ihres Personals zum Heeresdienst in neuen Schwierigkeiten, aber sie könnte leicht Abhilfe schaffen, wenn sie mit den Löhnen herausgehen wollte. (Zustimmung.) Wenn sie dem Aushilfspersonal pro Tag höchstens 4 M., eigentlich bloß 3,60 oder 3,50 M. zahlt, so ist das unter den heutigen Umständen kein verlockendes Entgelt. Uebrigens sind die Klagen über die städtischen Linien nicht geringer. Wir hoffen, daß die Gewährung von Teuerungszulagen manche Schwierigkeit beseitigen wird. (Oberbürgermeister Bormuth erscheint am Magistratstisch.) — Zum Schluß drücke ich meine Freude darüber aus, daß wir in diesem Etat zum erstenmal die Einnahmen aus dem U. G. B. verzeichnen finden. Wir begrüßen die Entschließung des Magistrats und hoffen, daß diesem guten Anfang weitere gute Maßnahmen zur Entwicklung des Unternehmens folgen werden; wir leben der Zuversicht, daß es ihm gelingen wird, auch die Stromerzeugung und die billige Abgabe des Stromes sicherzustellen. Ich schließe mit dem aufrichtigen Wunsch, daß das neue Etatsjahr uns bald einen gesicherten und ehrenvollen Frieden bringe, der nicht den Reim zu neuen Bewidlungen in sich trägt, und der es uns und unseren Nachkommen ermöglicht, in Gemeinschaft mit Ihnen die Friedenseinrichtungen der Stadt auszubauen zum Wohle unserer Bürgerschaft! (Lebhafter Beifall.)

Stadth. Cassel (Linke): Der Etat basiert auf den ungewissen Verhältnissen der Gegenwart; wie lange der Krieg dauern wird, können wir nicht wissen. Immerhin müssen wir zugeben, daß es auch ohne Kriegzeiten fraglich gewesen wäre, ob wir für 1915 mit 100 Proz. Zuschlag auskommen. Ja, man kann verwundert sein, daß 125 Proz. genügen. Es ist dieses Resultat erreicht worden, ohne daß bei aller Sparsamkeit etwas Notwendiges unterlassen wäre oder eine Kulturaufgabe leiden müßte, und wir sagen dem Kammerer dafür Dank. Die Erhöhung auf 125 Proz. nehmen wir freilich nur sehr geprehten Herzens an, aber es geht diesmal nicht anders, wenn auch noch verschiedene stille Reserven vorhanden sind. Wir müssen schon jetzt auch für den Etat von 1916 sorgen, wo der Steuerzuschlag vielleicht noch größer sein möchte als 1915. Der Etat zeigt wiederum, wie wir immer bemüht sind, für die öffentlichen Bedürfnisse mit vollen Händen zu sorgen. Den Bemerkungen des Kollegen Heimann gegen die Hausbesitzervereine folge ich nicht; ohne Rot soll man solche Dinge hier nicht in die Debatte ziehen. Ueber die Mietbeihilfen und die Notwendigkeit ihrer Erhöhung bin ich mit ihm einer Meinung, die Kriegsteilnehmer dürfen nicht bei ihrer Heimkehr eine zu große Mietschuld vorfinden, und auch dem Hausbesitzer wird dadurch eine Erleichterung zuteil; utopische Forderungen der Hausbesitzerorganisationen können wir aber nicht unterstützen; auch ich mache dagegen Front. Kollege Heimann hat auch heute keine überwollende Kritik an der Verwaltung geübt, er hat auch in seinen Forderungen Maß gehalten. In der Ausnutzung der Kriegsmassnahmen für seine politischen Zwecke ist er aber entschieden zu weit gegangen. Im Kriege sind eben Ausnahmeregelungen notwendig; wir haben ihnen zugestimmt, sind aber deswegen nicht etwa Sozialisten geworden. Lernen werden alle aus dem Kriege, hoffentlich auch die Sozialdemokraten. Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Unterstützungssätze ist mir nicht zweifelhaft; die Durchführung der von uns aufgestellten Grundzüge ist allerdings in einzelnen Fällen zu bürokratisch und engberzig erfolgt. Allenfalls würden die Fonds für Ergänzungsleistungen zu erhöhen sein. Die Bautätigkeit wird auch auf dem Schulgebiete nicht ruhen; es stehen hier noch Millionen zur Verfügung; im ganzen sind im Hochbaubereich 38 Millionen Mark disponibel. Die Arbeitslosigkeit ist ganz bedeutend herabgegangen. Im Punkte „Straßenbahn“ hätte ich mich Gehmann völlig an. In Berlin herrscht zurzeit eine wahre Verkehrskalamität. Nach meiner Information plant die Regierung eine Ausdehnung der Kompetenz des heutigen Zweckverbandes. Davor schütze uns Gott! Der Fall

Weber ist tatsächlich eine Koloniale schimmiger Art. (Zustimmung.) Der Herr ist von uns mit offenen Armen aufgenommen worden; jetzt mußte er in den Krieg gehen, und nachdem er reklamiert war, ist es ganz unverständlich, daß er es dennoch hat, trotzdem wegzulassen, obwohl er zurückkommen mußte! In das Lob für unseren verehrten Geheimrat Strahmann kann ich nur aus allerwärmster Einsinnigkeit. (Allseitiger Beifall.) Wir auch hoffen auf einen ehrenvollen, dauernden, unsere kulturelle und wirtschaftliche Blüte sichernden Frieden; wir vertrauen fest, daß auch unsere Vaterstadt dann neuen Glanz und neue Blüte gewinnen wird. (Beifall.)

Stadt. Kommissar (Dr. Fr.): Die Berliner Finanzlage ist genau so gut und sicher wie die des Reiches, dafür leat gerade dieser Kriegsetat Zeugnis ab. Aus dem Fehlen erster Raten für Gemeindefulbauarbeiten ist kein nachteiliger Schluß zu ziehen. Grundfällige politische Auseinandersetzungen, wie die über die wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen, sollten wir doch während des Krieges auscheiden; darüber können wir uns ja nach dem Krieg unterhalten. Trotz der Kriegszeit erweist der Etat keineswegs gekünstelt, weder in den Ansätzen für die Einnahme noch für die Ausgaben. Erfreulich ist besonders, daß die Etatbalancen erreicht ist ohne Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer. Der Heberberg von 1913 ist nur 1,3 Millionen Mark, 11 Millionen Mark geringer als der vorjährige; es ist bedauerlich, daß uns dieses Minus gerade in einem Kriegsjahre trifft. Aber wir werden auf diesem Wege endlich davon abkommen, diesen Heberberg, wie bisher, einfach in den Etat einzustellen. Was die „Große“ betrifft, so steht es bei Monopolvergütungen fest, daß die vertraglichen Verpflichtungen unter allen Umständen erfüllt werden müssen; ich

freue mich daher, daß Magistrat und Zweckerband hier Widerstand leisten. Ich freue mich aus demselben Grunde, daß die Absicht, das Gas zu verteuern, im Etat nicht zum Ausdruck gelangt ist. (Sehr gut!) Sollte wirklich Arbeitslosigkeit eintreten, so bietet der Etat Möglichkeiten genug, ihr entgegenzutreten. Die Arbeitslosigkeit ist gerade durch den Krieg in erfreulichster Weise gesenkt worden. — Dem Urteil über das Verhalten des Stadtmittelrats schließe ich mich an. Es könnte jetzt jemand mit der Behauptung kommen, daß der Posten überhaupt überflüssig war, wenn wir im Kriege ohne ihn auskommen können. — Die Berliner Industrie hat sich in großartiger Weise den Kriegsverhältnissen angepaßt und sich dadurch ein großes Verdienst um die Allgemeinheit erworben. (Beifall.)

Bürgermeister Dr. Reide: Es ist richtig, daß wir Aufgaben staatlicher Natur übertragen bekommen haben, aber wir sollten darüber uns nicht ärgern, sondern darauf stolz sein. Lohnerhöhungen hat der Magistrat für einzelne Arbeiterkategorien schon im Etat langgedient; über die Gewährung einer Kriegszulage für alle Arbeiter schweben Unterhandlungen. (Lebhafter Beifall.) In den Krankenhäusern ist die Ernährung anders, aber nicht schlechter gestaltet worden. Die Unterstützungskommissionen sind immer wieder zu liberaler Ausführung der ergangenen Anweisungen aufgefordert worden; es funktioniert beim Magistrat auch eine Verdienstkommission. Einen Gegenjah zwischen dem Verhalten der Hausbesitzer und der Gemeindefürsorge sollte man doch nicht konstatieren. Auch beim Geheimrat Weber wird sich empfehlen: auctoritas et altera pars! Die zweite Reklamation des Oberbürgermeisters beim Hauptquartier ist leider erfolglos geblieben. (Anruhe.) Direktor Eberwein vom Untersuchungsausschuss

ist uns freigegeben worden. In der Straßenbahnfrage wird auch der Magistrat den Standpunkt des Zweckerbands ausdrucksvoll vertreten. Der Krieg hat gezeigt, daß die von Berlin ergriffene Initiative die Vororte in erfreulichster Weise zur Mitarbeit an den wirtschaftlichen Maßnahmen veranlaßt hat, ohne daß es des Zweckerbands bedürft hätte. (Lebhafter Beifall.) Stadt. Riffing verteidigt die Berliner Grundbesitzerorganisationen gegen die Angriffe Heimanns. Stadt. Cassel: Schon im August ist uns doch mitgeteilt worden, daß der Reklamation des Magistrats betreffs des Geh. Kais. Weber stattgegeben worden ist. Damit schließt die erste Beratung. Der Etat geht an den Staatsaudschuß, der sofort vom Vorstande ernannt wird, und dem auch Glöck, Ranasse, Mann, Ritter und Seckelsohn (Soz.) angehören. Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 9 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Zeitschrift für Politik. 8. Bd. Heft 1/2. Herausgeber: A. Schmidt u. H. Grabowitsch. Jährlich ein Band in vier Heften 16 M. C. Heymann, Berlin W. 8.
Völkerkrieg: Österreichische Eindrücke und Stimmungen von A. Müller-Guttenbrunn. 1,40 M. U. Hofers Buchhandlung, Graz.
Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland des Sonnabendmittags: Anfangs überall ziemlich heiter. Später im Westen beginnende neue Trübungen, jedoch keine erheblichen Niederschläge. Schwärze fortwährende langsame Temperaturzunahme.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
Köpenicker Viertel, Bez. 182 1.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Dreifachführer
Bernh. Gutschwager
Galdenfeldestr. 5
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Michael-Kirchhofes in Reindendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
5. Abl. Bez. 551.
Am Mittwoch, den 10. März, verstarb unser Genosse, der Maurer
Bruno Krafft
Widertstr. 154.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Reindendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
5. Abl. Bez. 793.
Am Sonntag, den 27. Februar, verstarb durch Unfall unser Genosse, der Zimmerer
Wilhelm Pfeifer
Scherestr. 9.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Nazareth-Kirchhofes in Reindendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend. Bezirk 12.
Den Berufsangehörigen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Wilhelm Pfeifer
am 28. Februar infolge eines Baumfalles verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem neuen Nazareth-Kirchhof in Reindendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“
Ortsgruppe Charlottenburg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Sportgenosse
Franz Loeper
(Dandelmannstr. 2a) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. März, nachmittags 2 Uhr, in Stadt Bechly statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsleitung.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Robelnschüler
Max Halx
im Alter von 20 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Himmelshausen-Gemeinde in Nieder-Schönhausen-Nordend, aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Infolge eines im Felde jugendlichen Leidens verstarb mein innigstgeliebter, trauforgender Mann
Franz Loeper.
Dies zeigt, um stille Teilnahme bittend, an
Die trauernde Witwe
Frau Sophie Loeper.

Am Mittwoch verstarb plötzlich an Herzmaßelentzündung mein lieber Mann und guter Vater, der Maurer
Bruno Krafft
nach vollendetem 31. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Marie Krafft geb. Seelbinder
und Tochter.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-elde aus statt.

Am 10. März, 5 Uhr morgens, verstarb ganz plötzlich infolge Herzschlages unser lieber Kollege
Bruno Krafft.
Sein ehrenvoller Charakter und sein unerschrockenes Eintreten für Gerechtigkeit führen ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-elde aus statt. 1270b
Die Kollegen der Telefonen-Ges. Wsch., Tempelhofener Wfer 9.

Am Dienstag, den 9. März, starb unser Mitglied, der Parteigenosse
Otto Frieze
Herderstr. 27.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. März, nachmittags 4 Uhr von der Halle des Steglitzer Gemeinde-Friedhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Am Mittwoch, den 10. März, früh 5 Uhr, entfiel nach langem schwerem Leiden unser innigstgeliebter Sohn, Bruder und Schwager, der Robelnschüler
Max Halx
Vollstr. 18, im 21. Lebensjahre
Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelfahrts-Kirchhofes in Nordend aus statt. 6221

Am Dienstagabend verstarb plötzlich nach kurzem Krankenlager unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, Schwager und Onkel, der frühere Tischler
Karl Streubel
im 77. Lebensjahre. 1265b
Im Namen der Hinterbliebenen:
H. Streubel u. Familie,
Neußän, Rainzer Straße 10.
Beerdigung: Montagmittags 4 1/2 Uhr auf dem Thomas-Kirchhof, Neußän, Hermannstraße.

Am 10. März, 5 Uhr morgens, verstarb ganz plötzlich infolge Herzschlages unser lieber Kollege
Bruno Krafft.
Sein ehrenvoller Charakter und sein unerschrockenes Eintreten für Gerechtigkeit führen ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-elde aus statt. 1270b
Die Kollegen der Telefonen-Ges. Wsch., Tempelhofener Wfer 9.

Schwimmverein „Vorwärts“
Berlin 1897.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser lieber Schwimmgenosse und Schwimmwart der Abteilung Gerichthofe
Walter Toppel
am 16. Februar durch einen Kopfstoß (auf dem westlichen Kriegsschauplatz) im Alter von 21 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.
293/7

Willy früh und fern von seinen Lieben starb am 16. Februar auf Vorposten in Frankreich mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager
Rudolf Schieche
im Alter von 39 Jahren. 521
Dies zeigen tiefbetrübt an
Anna Schieche
nebst Kindern.
Wir können Dir nichts mehr bieten. Mit nichts mehr Dich erfreuen, Nicht mal eine Handvoll Blüten auf Deinen Hügel streuen.
Ruhe sanft in fremder Erde!

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Norden I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied der Maurer
Karl Gaebert
am 9. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. März, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Gerichthofe, statt.
146/5 Der Vorstand.

Am Dienstag entfiel (sonst nach langem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwieger- und Großvater, unser Onkel, der Drechler
Otto Frieze.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Emma Frieze geb. Kopfschlag, Herderstr. 27.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Steglitzer Friedhofes, Bergstr., aus statt. 1266b

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler
Gustav Beek
(Bezirk Norden)
am 9. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. März, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gerichthofe, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
198/14 Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 9. März unser Mitglied, der Tapezierer
Willi Werner
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.
158/12 Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Genosse, der Bezirksführer
Reinhold Burchert
im Gefecht im Osten am 30. Februar durch Wundstich sein Leben.
Wir werden seiner gedenken.
Die Funktionäre der 20. Abteilung d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Anna Schönbürg
geb. Lahnmann
nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.
Der tiefbetrübte Gatte
nebst Kindern,
Dreptow, Krüllstraße 4.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dreptower Gemeinde-Friedhofes, Riefholzstraße, aus statt. 1191

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Bauführers
Max Brunn
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen besten Dank.
Witwe Brunn nebst Kindern,
6821 Embdener Str. 40.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 3. März 1915 mein Ehemann, mein innigstgeliebter Mann und unvergesslicher Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Freund, der Steinler
Georg Nötzel
im Alter von 30 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen
Witwe Marie Nötzel,
u. Tochter Lieschen, Buth. Str. 4.
Familie Heller, Familie Müller,
Familie Treffsch. 708

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 3. März 1915 mein Ehemann, mein innigstgeliebter Mann und unvergesslicher Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Freund, der Steinler
Georg Nötzel
im Alter von 30 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen
Witwe Marie Nötzel,
u. Tochter Lieschen, Buth. Str. 4.
Familie Heller, Familie Müller,
Familie Treffsch. 708

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 3. März 1915 mein Ehemann, mein innigstgeliebter Mann und unvergesslicher Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Freund, der Steinler
Georg Nötzel
im Alter von 30 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen
Witwe Marie Nötzel,
u. Tochter Lieschen, Buth. Str. 4.
Familie Heller, Familie Müller,
Familie Treffsch. 708

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 3. März 1915 mein Ehemann, mein innigstgeliebter Mann und unvergesslicher Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Freund, der Steinler
Georg Nötzel
im Alter von 30 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen
Witwe Marie Nötzel,
u. Tochter Lieschen, Buth. Str. 4.
Familie Heller, Familie Müller,
Familie Treffsch. 708

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 3. März 1915 mein Ehemann, mein innigstgeliebter Mann und unvergesslicher Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Freund, der Steinler
Georg Nötzel
im Alter von 30 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen
Witwe Marie Nötzel,
u. Tochter Lieschen, Buth. Str. 4.
Familie Heller, Familie Müller,
Familie Treffsch. 708

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 3. März 1915 mein Ehemann, mein innigstgeliebter Mann und unvergesslicher Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Freund, der Steinler
Georg Nötzel
im Alter von 30 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen
Witwe Marie Nötzel,
u. Tochter Lieschen, Buth. Str. 4.
Familie Heller, Familie Müller,
Familie Treffsch. 708

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 3. März 1915 mein Ehemann, mein innigstgeliebter Mann und unvergesslicher Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Freund, der Steinler
Georg Nötzel
im Alter von 30 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen
Witwe Marie Nötzel,
u. Tochter Lieschen, Buth. Str. 4.
Familie Heller, Familie Müller,
Familie Treffsch. 708

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 3. März 1915 mein Ehemann, mein innigstgeliebter Mann und unvergesslicher Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Freund, der Steinler
Georg Nötzel
im Alter von 30 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen
Witwe Marie Nötzel,
u. Tochter Lieschen, Buth. Str. 4.
Familie Heller, Familie Müller,
Familie Treffsch. 708

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 3. März 1915 mein Ehemann, mein innigstgeliebter Mann und unvergesslicher Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Freund, der Steinler
Georg Nötzel
im Alter von 30 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen
Witwe Marie Nötzel,
u. Tochter Lieschen, Buth. Str. 4.
Familie Heller, Familie Müller,
Familie Treffsch. 708

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 3. März 1915 mein Ehemann, mein innigstgeliebter Mann und unvergesslicher Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Freund, der Steinler
Georg Nötzel
im Alter von 30 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen
Witwe Marie Nötzel,
u. Tochter Lieschen, Buth. Str. 4.
Familie Heller, Familie Müller,
Familie Treffsch. 708

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 3. März 1915 mein Ehemann, mein innigstgeliebter Mann und unvergesslicher Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Freund, der Steinler
Georg Nötzel
im Alter von 30 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen
Witwe Marie Nötzel,
u. Tochter Lieschen, Buth. Str. 4.
Familie Heller, Familie Müller,
Familie Treffsch. 708

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 3. März 1915 mein Ehemann, mein innigstgeliebter Mann und unvergesslicher Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Freund, der Steinler
Georg Nötzel
im Alter von 30 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen
Witwe Marie Nötzel,
u. Tochter Lieschen, Buth. Str. 4.
Familie Heller, Familie Müller,
Familie Treffsch. 708

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 3. März 1915 mein Ehemann, mein innigstgeliebter Mann und unvergesslicher Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Freund, der Steinler
Georg Nötzel
im Alter von 30 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen
Witwe Marie Nötzel,
u. Tochter Lieschen, Buth. Str. 4.
Familie Heller, Familie Müller,
Familie Treffsch. 708

Für Wäsche und Hausputz unentbehrlich!
Henkel's Bleich-Soda
Henkel & Co. Düsseldorf
Seit 38 Jahren im Gebrauch und bestbewährt!

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Reußhän. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 171 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:
Stab des Generalkommandos des 10. Armeekorps.
Inf.-Brigadestab der 75. Reserve-Div.; 2. und 5. Garde-Reg.;
1. Garde-Ersatz-Reg.; Grenadier-Regiment Alexander, Franz,
Elisabeth und Augusta; Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-
Regimenter Nr. 1, 3, 6, 9, 10, 11, 15, 20, 21, 22, 23, 26, 27, 28,
30, 34, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 44, 48, 49, 51, 52, 54, 55, 59, 60,
62, 64, 66, 72, 73, 76, 77, 78, 79, 86, 87, 88, 89, 95, 96, 97, 98,
99, 100, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 128, 130,
132, 136, 137, 143, 145, 146, 148, 152, 154, 159, 162, 164, 165,
169, 170, 172, 173, 175, 176; Reserve-Inf.-Regimenter Nr. 8, 12,
15, 17, 19, 20, 21, 24, 25, 26 (siehe Feldmaschinen-gewehr-Zug
Nr. 50), 29, 30, 32, 35, 38, 48, 56, 67, 68, 71, 72, 75, 76, 77, 79,
81, 82, 84, 87, 88, 91, 93, 98, 99, 109, 118, 201, 202, 204, 206,
207, 211, 212, 213, 217, 219, 223, 226, 227, 228, 230, 236, 259,
260, 272; Ersatz-Inf.-Regimenter Nr. 28, 29 und Keller; Reserve-
Ersatz-Regimenter Nr. 1 und 4; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 5,
7, 8, 18, 23, 28, 32, 35, 48, 56, 68, 71, 73, 75, 77, 80, 81, 83,
84, 87, 99, 116, 118; Landwehr-Ersatz-Reg. Nr. 2; Brigade-Ersatz-
Bataillone Nr. 6, 8, 25, 26, 27, 28, 31, 76, 80; Landwehr-Brigade-
Ersatz-Batt. Nr. 21; 3. Landsturm-Batt. Potsdam; Jäger-Bataillone
Nr. 1, 4, 8, 14; Reserve-Jäger-Bataillone Nr. 6, 16, 21, 22;
Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1 der Ersatz-Brigade v. Reichow
und Maschinengewehr-Abt. v. Stülpmagel der Brigade Pfaffertott;
Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 50.
Garde-Fußaren; Dragoner Nr. 11; Reserve-Dragoner Nr. 4;
Füsilier-Reg. Nr. 1, 5, 7, 15, 17; Mänsen Nr. 1, 3, 4; Reserve-Mänsen
Nr. 2; Jäger zu Pferde Nr. 5, 8, 9, 11, 13; Reserve-Kavallerie-Abt.
Nr. 79.
3. und 4. Garde-Feldart.-Reg.; 1. Garde-Reserve-Feldart.-Reg.;
Feldart.-Regimenter Nr. 3, 7, 14, 18, 22, 24, 27, 33, 35, 42, 45,
50, 51, 52, 53, 66, 70, 71, 73; Reserve-Feldart.-Regimenter Nr. 6,
10, 13, 17, 19, 21, 59, 62.
2. Garde-Fußart.-Reg.; 2. Garde-Landwehr-Fußart.-Batt.; Fuß-
artillerie-Regimenter Nr. 5, 7, 16, 18; Reserve-Fußart.-Regimenter
Nr. 3, 5, 16, 18, 20, 24; Landwehr-Fußart.-Batt. Nr. 3; Land-
sturm-Fußart.-Batt. des 14. Armeekorps; 3. Landsturm-Batterie
des 2. Armeekorps; Kurze Marine-Kanonens-Batterie Nr. 4.
Pionier-Regimenter Nr. 19, 20, 23, 25; Pion.-Bataillone:
1. Nr. 1, 1. Nr. 2, 1. Nr. 7, II. Nr. 8, I. Nr. 14, I. Nr. 15,
I. Nr. 16, I. Nr. 17, II. Nr. 21, I. und II. Nr. 27; Pion.-Ersatz-
Bataillone Nr. 10, 21; 1. Landwehr-Pion.-Komp. des 10. und
2. Landwehr-Pion.-Komp. des 18. Armeekorps; 1. Landsturm-Pion.-
Komp. des 17. Armeekorps; 2. Ersatz-Pion.-Komp. der 4. Landwehr-
Division; Flammenwerfer-Abt. des 6. Reservekorps.
Stappen-Telegraphen-Direktion Nr. 8; Telegraphen-Batt. Nr. 1;
Fernsprech-Abt. des 16. Armeekorps; Feldmuskettentruppe; Feld-
fliegertruppe.
Inf.-Munitionskolonnen Nr. 14 des 5. Reservekorps; Reserve-
Inf.-Munitionskolonnen Nr. 20 des 8. Reservekorps; Reserve-Feld-
artillerie-Munitionskolonnen Nr. 92; Reserve-Artillerie-Munitionskolonnen
Nr. 33; Reserve-(F)Munitionskolonnen Nr. 56; Reserve-
Füsilier-Munitionskolonnen Nr. 40; Schwere Munitionskolonnen des
1. Armeekorps.
Armerungs-Batt. Jägersdorf.
Stappen-Sanitäts-Depot der 9. Armee; Sanitäts-Komp. Nr. 7
(ohne nähere Angabe); Reserve-Sanitäts-Komp. Nr. 8 des 8. Re-
servekorps; Festungs-Sanitäts-Komp. Nr. 1 der 33. Reserve-Division;
Reserve-Feldlazarett Nr. 37 des 8. Reservekorps; Kriegslazarett-
Abt. Hoch der 9. Armee; Freiwillige Krankenpflege.
Feldbäckerei-Kolonnen Nr. 2 des 3. Armeekorps.
Feldpost.

Die württembergische Verlustliste Nr. 135 veröffent-licht Verluste des Landwehr-Inf.-Regiments Nr. 124.

Aus Groß-Berlin. Der Gliederzweig.

Die Treppe zur Hochbahn hinauf bewegt sich mühsam ein Verwundeter. Seine Schultern ruhen auf zwei Krücken, das linke Bein hängt wie leblos herab. Es ist ein noch jugendlicher Soldat, mit einem hübschen frischen Gesicht, dem die männliche Fierde, der Bart, noch völlig fehlt. Die graue Feldmütze sitzt etwas fest auf dem braunen Lockenhaar, das in dicken Büscheln darunter hervorquillt.
Eilig hülfen die anderen Fahrgäste an dem Krieger vorüber. Die meisten mögen von der Mittagsrast kommen und ins Geschäft zurückkehren. Beim Anblick des Kriegers stutzen sie alle und hemmen für einen Augenblick ihren hastigen Lauf. Er ist so jung und hübsch und nimmt mit seinen Krücken eine Stufe um die andere, ganz langsam und bedächtig. An ihm vorüber strömen die Gelunden, die Zurückgebliebenen, Frauen, Männer, jugendliche jugendlichen Alters. Aber alle haben sie eine Minute und einen langen, missfühlenden Blick für ihn übrig.
Endlich ist auch er oben angelangt. Soeben fährt ein Zug ein. Ein Wagen 3. Klasse hält gerade vor ihm. Ein dichter Kreis von Menschen, der immer mehr anschwillt, umgibt ihn. Von Menschen, die es eilig haben und denen sonst jede Minute eine Kostbarkeit zu sein scheint. Aber merkwürdig: diesmal drängen sie nicht, sie murren auch nicht, wie es sonst geschieht, wenn sie durch die Ungeschicklichkeit eines Passagiers aufgehalten werden. Lammfromm sind sie hier. Die Türe wird von innen aufgerissen, doch kein stürzender Strom ergießt sich aus dem Wagen. Nein, einer nach dem andern schlängelt sich behutsam an dem Verwundeten vorüber. Bis zum Letzten. Dann schiebt er sich hastend und stügend hinein. Nun sitzt er. Das verletzte Bein ragt steif in den Mittelgang hinaus. Niemand hat etwas dagegen einzuwenden. Einer nach dem andern hebt die Füße hoch, ganz hoch, als fürchte er ein junges Mädchen zu zertreten, und steigt über das Hindernis hinweg.
Weiter fährt der Zug. Die Fahrgäste sitzen, manche stehen im Vor- oder Hinterraum und rauchen und plaudern. Sie sprechen von dem Verwundeten und sehen auf das Bein. Auch eine alte Frau guckt darauf, mit starrem Blick. Dann zieht sie ein Taschentuch hervor und drückt es an die Augen. Durch ihren gebrechlichen Körper geht ein konvulsives Zittern.
„Na, junger Mann, eine Zigarre gefällig?“ Ein dicker Herr hält dem Verwundeten die gefüllte Zigarrentasche hin. Er greift zögernd hinein und will eine nehmen.
„Nee, nee.“ sagt der Dicke jovial, „mit einer fängt man nicht an, machen sie man das Ding leer.“
Lächelnd verteilt der Soldat die Zigarren zwischen die Knöpfe seines Rockes.
„Wo ist denn das passiert?“ fragt der andere.

„Bei Kutno gegen die Russen.“ lautet die Antwort.
„Darf ich, Mutti.“ flüstert ein kleines Mädchen seiner Mutter zu und zeigt auf einen Gliederzweig in deren Schoß. Die Frau nickt freundlich. Da nimmt das Kind den Zweig und legt ihn dem Soldaten in die Hand. Dann eilt es zurück und verbirgt verschämt das Gesicht in den Kleidern der Mutter. Der Weichenste dankt mit leichtem Erröten. Dann steckt er die blühende Gabe an die Brust. Nun blüht und duftet der Zweig und hebt sich mit seiner bläulich-rötlichen Farbe leuchtend von Tuch und Zigarren ab. Und alle Insassen sehen bald fröhlich auf den Flieder, bald wehmütig auf das ausgestreckte Bein. Ab und zu neigt der Verwundete sein Gesicht auf die Blüten herab und lächelt.
Hoch oben, über die Straße hin, donnert der Zug und in seinem Innern sitzt ein verwundeter Soldat mit einem blühenden Gliederzweig an der Brust und lächelt aus jungen, braunen Augen. Und die Frühlingssonne bricht strahlend durch die Scheiben und umhüllt Krieger und Flieder weich und liebevoll, wie mit einem warmen Hauch, als wollte sie sagen:
„Es muß doch Frühling — Völkerfrühling werden!“

Der Kriegsetat der Stadt Berlin.
Den Berliner Stadtverordneten wurde gestern vom Magistrat der Entwurf des Etats für 1915 vorgelegt. Der Krieg hat ihm seinen Stempel aufgedrückt: um 50 Millionen Mark bleibt er hinter dem Etat für 1914 zurück. Stadtkämmerer Böhm rühmte die „gute und am rechten Ort angewandte Sparsamkeit“, die überall in dem Etatentwurf zu erkennen sei. Trotzdem muß, infolge Rückganges der Werkerträge und des Einkommensteuerertrages, die Gemeindecinkommensteuer auf 125 Prozent erhöht werden. Nach der Einführungsrede des Kämmerers fand diesmal in derselben Sitzung auch die Generaldebatte statt. Unser Genosse Heimann eröffnete sie mit einer großen Rede, in der er die für die Stadt Berlin durch den Krieg geschaffene Lage scharf beleuchtete. Er würdigte die Schwierigkeiten, die aus den Unterlassungen und Mißgriffen der Reichs- und Staats-Zivilverwaltungen den Gemeinden erwachsen seien. Aber das könne die Berliner Stadtverwaltung nicht entbinden von der Pflicht, im Hinblick auf die Steigerung der Lebensmittelpreise ihre Fürsorge für die nach Teuerungszulagen verlangenden Gemeindeglieder, für die einer wirksameren Unterstützung bedürftigen Kriegerfamilien und Arbeitslosen usw. zu erhöhen. Unser Redner wies darauf hin, wie gegenüber den Notständen dieser Kriegszeit die Arbeiterorganisationen sich verhalten haben, und wie die Grundbesitzer zur Beseitigung ihrer eigenen Not nach einer starken Standes- und Interessenvertretung rufen. Die Reden der Freisinnigen Cassel und Romfen und des Bürgermeisters Reda brachten im wesentlichen nur Ausführungen zu mehreren Einzelfragen, die Genosse Heimann in den Kreis seiner Betrachtung gezogen hatte. Die Grundbesitzer verteidigte Herr Bissing. Bei allen Rednern bestand Uebereinstimmung darüber, daß die Erhöhung des Gemeindecinkommensteuerfusses als unvermeidlich hingenommen werden muß. Der Etatentwurf wurde dem Ausschuss überwiesen.

Einheitliche Brotartenkontrolle.
Durch den Reichskanzler und den preussischen Minister des Innern ist die Anordnung ergangen, daß die Brotartenkontrolle ausnahmslos für das ganze Reich, Städte sowohl wie Landgemeinden, bis zum 15. März erlassen werden muß. Nunmehr darf man hoffen, daß das ganze Volk einheitlich und gleichmäßig sich an dem Sparsystem beteiligt, das sicherlich zum Ziele führen wird.
Was den Berliner Brotartenverband anbetrifft, so werden die Änderungen, welche infolge der Herabsetzung der täglichen Mehlquote auf 200 Gramm getroffen werden müssen, nicht allzusehr für das Publikum in die Erscheinung treten. Eine Änderung der Brotarten tritt für die nächsten Wochen überhaupt nicht ein. Dagegen wird die Entnahme von Mehl alsbald noch erschwert werden, und bei Ausgabe der neuen Brotkarte zum 4. April wird eine geringfügige Herabsetzung der Brotmenge eintreten. Diese Maßregeln sind im wesentlichen durchgearbeitet und werden in kürzester Frist bekanntgegeben werden.

Steuerstundung — und dennoch Pfändung.
In Schöneberg ist es einem Steuerschuldner, nachdem er um Stundung gebeten hatte, gar sonderbar ergangen. Ein Kraftwagenführer N., der noch einen Steuerrest aus den letzten Monaten von 1914 schuldet, erhielt am 28. Februar 1915 von dem im Alten Rathaus untergebrachten Stadteuerkasse III einen Mahnzettel. Darin wurde er aufgefordert, „binnen drei Tagen“ zu zahlen; „widrigenfalls“ werde man „unverzüglich zur Pfändung schreiten“. Am 1. März, also noch „binnen drei Tagen“ nach Eingang dieser Mahnung, meldete N. sich auf dem Bureau der Steuerverwaltung im Neuen Rathaus und bot unter Vorlegung des Zettels um Stundung, die ihm dann ein Beamter auch zusagte. N. erinnert sich nicht, daß er etwa angewiesen worden wäre, selber von dem Stundungsgesuch auch die Steuerkasse in Kenntnis zu setzen. Nach weiteren zwei Tagen, am 3. März, erschien in seiner Wohnung ein Vollziehungsbeamter der Stadt und — versiegelte in N.'s Abwesenheit einen Sonntagsonntag, einen Paletot und einen Reisekoffer. N. war, als er am späten Abend von der Arbeit heimkam und die Bescherung sah, nicht wenig erstaunt über die gänzlich unerwartete Pfändung. Vorgesetzt erst hatte man ihm — so glaubte er doch verstanden zu haben — eine Stundung bis Mitte März zugesichert, und nun wurde plötzlich dennoch mit Pfändung gegen ihn vorgegangen! Am folgenden Tage gab es eine neue Ueberweisung, als von der Steuerkasse III die schriftliche Benachrichtigung eintraf: „Der Verkaufstermin ist auf den 8. April verlegt, da inzwischen Stundung erfolgt ist.“ Diese Mitteilung war datiert vom 4. März, dem Tage nach der Pfändung. Wann mag das auf dem Steuerbureau bereits am 1. März vorgebrachte Stundungsgesuch zur Kenntnis der Steuerkasse gelangt sein? Am Abend des 4. März fand N. bei seiner Heimkehr jene Zusage über die „inzwischen“ erfolgte Stundung vor. Nun erst wandte er sich an das Steuerbureau im Neuen Rathaus mit einer schriftlichen Beschwerde darüber, daß man trotz Stundung ihn gepfändet habe, und er forderte Freigabe der Sachen. Wieder vergingen zwei Tage — da hatte er die dritte Ueberweisung. Als Antwort auf seine Beschwerde kam folgender Brief des Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission: „Zum Schreiben vom 4. d. M. Ihrem Antrag auf Lösung des Siegels kann nicht stattgegeben werden.

Der Verkaufstermin ist bis 15. d. M. ausgesetzt worden, doch muß das Pfändungsstück so lange unter Siegel bleiben. J. B.: gez. Dreßchner.“ Also jetzt war „der Verkaufstermin bis 15. d. M. ausgesetzt“, d. h. ausgesetzt bis 15. März. Zwei Tage vorher hatte die Steuerkasse gemeldet, daß „der Verkaufstermin auf den 8. April verlegt“ sei. Was soll einer, der mit den Geheimnissen des Geschäftsganges kommunaler Verwaltungsbureaus nicht vertraut ist, bei all diesen Widersprüchen denken! Ist vielleicht zwischen dem Steuerbureau im Neuen Rathaus und der Steuerkasse im Alten Rathaus „der Draht zerrissen“?

Anmeldepflicht für Tanzstunden.
Der Polizeipräsident hat eine Verfügung erlassen, nach der die eigentlichen Tanzstunden bei den Nebieren angemeldet werden müssen und nicht über zwei Stunden ausgedehnt werden dürfen. Der Veranstalter hat zugleich vor Beginn des Tanzes die Namen der Schüler, sowie die Zeit, in der er sie erwartet, anzugeben. Mehr als 50 Personen dürfen zu einer Tanzstunde nicht zugelassen werden. Die Behörde ist dadurch in die Lage versetzt, jede dieser Veranstaltungen nachprüfen zu können. Bei Nichtbeachtung der Vorschriften soll gegen die Tanzlehrer sowie gegen die Lokalinhaber und Teilnehmer polizeilich oder gerichtlich eingeschritten werden.
Die neue Verfügung geht von der Vermutung aus, daß das Verbot des öffentlichen Tanzes durch Arrangierung von Tanzstunden umgangen werde.

Ein Heim für verwundete Krieger ist dieser Tage am Spittelmarkt 4-7 eröffnet worden. Lebensmittel, Schreibgelegenheit und Erfrischungen werden unentgeltlich geboten.

Kriegsschwindler.
Der Krieg hat auch dem Gaunertum neue Wege eröffnet und die Kriminalpolizei hat alle Hände voll zu tun, den Kriegsschwindlern auf die Spur zu kommen. Eine besondere Sorte von Schwindlern hat es auf Kriegerfrauen abgesehen, deren Männer im Felde gefallen sind. Aus Zeitungen, die von dem Tode der Krieger unter genauer Angabe der Adressen Mitteilung machen, stellen die Gauner sich eine Liste zusammen und sprechen bei den Kriegerwitwen vor. Wir teilten kürzlich bereits mit, daß ein Mann mit einer Mappe unterm Arm sich als Abgesandter des Kriegsministeriums vorstellte und angibt, er komme der Feststellung der Rente wegen. In den sich entwickelnden Gespräch verspricht der Schwindler, die Sache zu ordnen und sagt auch Unterstützung zu, oft auch Bekaffung von Kartoffeln. Er fordert dann eine kleine Vorauszahlung, die ihm vielfach gegeben worden ist. Zu spät erkennen die Frauen, daß sie begauert worden sind. Andere Schwindler suchen sich die Zeitungsaufträge zu machen, die sich auf vermählte Krieger beziehen und so erscheinen sie neuerdings bei den Angehörigen dieser Vermählten, um irgend eine Schwindelei zu verüben.

Silflos in den Flammen ungelommen.
Bei einem schrecklichen Brandunglück hat der hiesige Gastwirt Kula den Tod gefunden. Kula hatte in der Lindenstraße in Vergessels eine Landenparzelle gepachtet. Er errichtete sich ein kleines Wohnhäuschen auf dem Grundstück, in dem er den Sommer über zu wohnen gedachte. Auch einen Ofen stellte er in dem Wohnraum auf. Als er den Ofen zum erstenmal anzündete, setzte sich Kula auf einen Stuhl nieder und schlief infolge Uebermüdung bald ein. Inzwischen fielen Esside der Kohlenglut aus dem Ofen heraus und entzündeten den Fußboden. Es entwickelte sich ein starker Rauch, durch dessen Einatmen Kula die Bestimmung verlor. Unentwegt krochen nun die Flammen an den Befimmungslöcher heran und hatten bald auch ihn ergriffen. Silflos verbrannte der Bedauernswerte nun vollständig. Beim Eintreffen der Feuerwehr stand die Laube bereits in hellen Flammen. Kula fand man später als verholten Leichnam unter den Trümmern vor.

Die bedrängten Gastwirte.
In eine äußerst schwierige Lage sind die Gastwirte durch den Ausbruch des Krieges geraten. Hatten sie schon vor dem Kriege unter den Wirkungen der Steuergesetze zu leiden, so ist die Lage vieler kleiner Gastwirte mit dem Kriege noch schwieriger geworden. Ein großer Teil der Kundschaft wurde zu den Bahnen einberufen und blieb deshalb aus, Arbeitslosigkeit und Teuerung raubten ihnen die anderen Gäste oder nötigten diese, sich einzuschränken. Dann kamen verschiedene Verbote, die Einschränkung der Polizeistunde und des Schnapsauschankes. Die Abgaben blieben nicht nur die gleichen, sondern steigerten sich durch Stempelsteuern für Verlängerung der Polizeistunde. Neue Schwierigkeiten entstanden durch Bestimmungen über die Branntweinerzeugung. Die Verteuerung des Spiritus führte zu einer Verteuerung der Lüste, und schließlich kündigten die Brauereien eine Erhöhung der Bierpreise an. Es ist kein Wunder, wenn unter diesen Umständen die Gastwirte nicht auf Rosen gebettet sind.

In der letzten Nummer des „Freien Gastwirts“ schildert Genosse Paul Litfin die Situation und die Schwierigkeiten des Gastwirtsberufes. Es ist ein Volksheld, der da erhoben wird. Welches Los die kleinen Gastwirte jetzt haben, schildert Litfin in folgenden Worten:
„Sonntags und wochentags bis tief in die Nacht hinein müssen Mann und Frau auf dem Posten sein und sind gezwungen, fast gänzlich auf ein Familienleben zu verzichten, wie es in anderen Erwerbsständen vorhanden ist.
Das Wirtsgewerbe ist kein müheloses, wie viele Leute meinen. Es ist ein sehr aufreibendes Gewerbe, es verlangt mehr als jedes andere Aufopferung der Gesundheit, Opferung von allem, was man als Erholung und Vergnügen bezeichnen möchte. Während andere Gewerbetreibende, der Arbeiter und der Beamte, nach des Tages Schluß um 6, 7 oder 8 Uhr abends sich zu seiner Familie begeben kann, sich als Mensch fühlt und sich des Lebens freut, muß der Wirt und seine Familie darauf in den meisten Fällen verzichten. Bis in die Nächte hinein muß er anderen zum Gefallen leben, getrennt von seiner Familie, und freut sich, wenn er in der langen Zeit soviel erwerben kann, als andere in ein paar Stunden verdienen. In vielen Fällen müssen Großeltern, Schwägerinnen sowie die eigenen Kinder im Geschäft tätig sein. Die Kinder vom Augenblick, wo sie Gänge bejahren, ein Glas Bier tragen können, bis zu dem Zeitpunkt, wo sie das Haus verlassen, und es ist charakteristisch für das deutsche Wirtsgewerbe, daß die Kinder der Wirt in den seltensten Fällen Wirt werden wollen oder Wirt werden. Während andere an Sonn- und Feiertagen hinausziehen in die freie Natur, muß der Wirt seinen Beruf ausüben, und wenn er einmal in der Woche den gleichen Neigungen nachgeht, wie jeder andere, sei er Arbeiter, Beamter oder Gewerbetreibender,

